

Chantal Magnin

## Die Bürokratisierung des Arbeitsmarktes

Zu den Paradoxien der aktivierungspolitischer Bearbeitung von Arbeitslosigkeit\*

### Einführung

Soziale Sicherungssysteme unterliegen derzeit einschneidenden Reformprozessen. Damit verändern sich sowohl ihre Funktionen wie die Handlungsmöglichkeiten der Behörden im Verhältnis zu ihren Klientinnen und Klienten. Mit den relativ neuen aktivierungspolitischen Bearbeitungsformen sozialer Probleme und der dabei verfolgten Zielsetzung einer Aktivierung erwerbsloser und armer Menschen erschließen sich für die damit befassten Einrichtungen zudem neue Tätigkeitsfelder: Beratung, Weiterbildung und Beschäftigung sind die in diesem Zusammenhang wichtigsten der zu erwähnenden, wie sie sowohl von staatlichen wie privaten Organisationen den Arbeitslosen zur Verfügung gestellt werden. Da Arbeitslose beim Bezug von Unterstützungsleistungen zumeist verpflichtet werden, diese Angebote auch wahrzunehmen, werden mit dieser staatlichen Initiative für eine effektivere Bearbeitung des sozialen Problems „Arbeitslosigkeit“ nicht nur neue Märkte geschaffen. Für sie stellt eine auf die Verbesserung ihrer Beschäftigungsfähigkeit zielende Politik meist ein gesteigertes Ausmaß der auf sie ausgeübten staatlichen Kontrolle dar. Ihr Wohlfühlen und somit ihre Anpassung an die sich verändernden Bedingungen des Arbeitsmarktes stehen im Zentrum aktivierungspolitisch ausgerichteter sozialer Sicherungssysteme.

In der Schweiz ist der beschriebene aktivierungspolitische Grundsatz, wonach für jede von der Allgemeinheit erbrachte Leistung eine Gegenleistung zu erbringen ist, zum ersten Mal in der Arbeitslosenversicherung realisiert worden. Dies geschah anlässlich der grundlegenden Revision des Gesetzes Mitte der 1990er Jahre (23. Juni 1995). Dabei erfuhren die Rechte und Pflichten der Versicherten eine grundlegende Neubestimmung. Das entsprechende sozialpolitische Vertragsverständnis geht auf die in den USA Ende der 1960er Jahre in der Sozialhilfe eingeführte Politik des „workfare“ zurück. Heute werden Arbeitslose in der Schweiz dahingehend überprüft, ob sie auch tatsächlich gewillt sind, alles zu unternehmen, um eine Stelle zu finden und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern. Letzteres wird durch die Teilnahme an Kursen und Programmen unter Beweis gestellt. Arbeitslose, die ihren Pflichten gegenüber der Versicherung nicht nachkommen, sich also beispielsweise nicht in ausreichendem Maße um eine Stelle bemühen, werden mit Leistungskürzungen und bei mehrmaligem Vorkommnis mit dem Entzug des Rechtsanspruchs bestraft.

Solche Maßnahmen zur Förderung der so genannten Arbeitsaufnahme arbeitsloser Menschen, so auch die Möglichkeit zur Sanktionierung Arbeitsloser, sind in der

---

\* Für Anregungen und Kritik danke ich den Gutachtern und den Herausgebern von *sozialer sinn*.

Schweiz zwar schon früh, mehr als fünfzig Jahre vor Einführung der Pflichtversicherung, in das soziale Sicherungssystem eingebaut worden.<sup>1</sup> Diese Instrumente sollten jedoch erst mit der Reform in den 1990er Jahren zum Durchbruch und in der Folge systematisch zur Anwendung kommen. Mit der gleichzeitigen Verschärfung der Sanktionsmöglichkeiten, das heißt der Heraufsetzung des Maximums an möglichen Sperrtagen von 40 auf 60 pro Pflichtverletzung, gelangt die Arbeitslosenversicherung heute zu erheblichen Einsparungen: Im Jahr 2003 konnten dank der Sanktionen rund 150 Millionen Schweizer Franken (ca. 96 Millionen Euro) somit indirekt eingespart werden, das heißt unabhängig von der Festlegung der Höhe und der Bezugdauer der Leistungen.

Mit der neuen Ausrichtung verband der Gesetzgeber die Absicht einer gezielten Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, die sich für ihn deshalb als erforderlich erwies, weil die Arbeitslosenquote von nahezu 0 (0.5 Prozent im Jahr 1990) relativ rasch auf mehr als 4 Prozent (4.5 im Jahr 1993) angestiegen war und für die Schweiz bis heute auf relativ hohem Niveau verharrt.<sup>2</sup> Zuständig für die Kontrolle und somit die konkrete Umsetzung der rechtlichen Bestimmungen sind unter anderem die so genannten „Regionalen Arbeitsvermittlungszentren“ (RAV), wie sie parallel zur Gesetzesreform Mitte der 1990er Jahre mit dem Ziel einer Zentralisierung und Professionalisierung der öffentlichen Arbeitsvermittlung geschaffen wurden. Die Frage, wie sich die Praxis dieser neuen Behörde konkret gestaltet, ist Gegenstand dieses Beitrages. Anhand der Analyse eines Beratungsgesprächs zwischen einem Mitarbeiter eines solchen regionalen Arbeitsvermittlungszentrums und einem arbeitslosen Juristen kann aufgezeigt werden, welche Funktionslogik dieser mit der Reform neu generierten bürokratischen Praxis zugrunde liegt. Dabei gilt es zudem der Frage nachzugehen, wie die beiden am Gespräch Beteiligten die für sie je spezifisch daraus hervorgehenden Handlungsprobleme bewältigen. Die auf diese Weise vorzunehmende empirische Bestimmung der im Rahmen dieses sozialen Sicherungssystems zur Geltung gelangenden Handlungslogiken beruht auf den Ergebnissen einer Forschungsarbeit zur Beratungspraxis der regionalen Arbeitsvermittlungszentren, deren Ergebnisse in Buchform vorliegen (Magnin 2005a).

Bevor nun näher auf das Beratungsgespräch und dessen Verlauf eingegangen werden kann, soll zwecks eines besseren Verständnisses der Rahmenbedingungen dargelegt werden, wie die Arbeitslosenversicherung in der Schweiz organisiert wird. Für die Skizzierung des institutionellen Rahmens, in dem das Gespräch stattfindet, soll

<sup>1</sup> Mit dem Gesetz vom 17. Oktober 1924, das die Subventionierung der privaten Arbeitslosenkassen durch den Bund regelte, konnten neu diejenigen, damals noch freiwillig Versicherten von den Leistungen ausgeschlossen werden, die Arbeitslosigkeit selber verschuldet oder die Kontrollvorschriften nicht erfüllt hatten. In den 1930er Jahren war der Entzug der Leistungsberechtigung durch das Prinzip der Sperrtage ersetzt worden. Aufgrund dieses Prinzips kann das zuständige Amt die Auszahlung der Leistungen für eine abhängig von der Schwere der Pflichtverletzung festgelegten Anzahl Tage sperren. Bei Wiederholung derselben Pflichtverletzung wird der Rechtsanspruch gänzlich entzogen.

<sup>2</sup> 2004 betrug der Anteil arbeitsloser Personen an der Erwerbsbevölkerung je nach konsultierter amtlicher Statistik 3.9 Prozent (Arbeitslosenquote des Staatssekretariat für Wirtschaft) oder 4.3 Prozent (Erwerbslosenquote gemäß Schweizerischer Arbeitskräfteerhebung SAKE). Bei der Berechnung der Quoten nicht berücksichtigt werden gemäß internationalen Standards (ILO u.a.) all jene Arbeitslosen, die an Kursen oder Beschäftigungsprogrammen teilnehmen. Tun sie dies, gelten sie als nicht vermittelbar, obwohl sie in dieser Zeit von der Pflicht, den Nachweis ihrer Arbeitsbemühungen gegenüber der Behörde zu erbringen, keineswegs entbunden sind. Mit anderen Worten: Das durch amtliche Statistiken ausgewiesene Ausmaß an Arbeitslosigkeit hängt auch in der Schweiz direkt von demjenigen der Bereitstellung von Bildungs- und Beschäftigungsangeboten für Arbeitslose ab.

die für die Schweiz spezifische Form der staatlichen Bearbeitung von Arbeitslosigkeit aus Länder vergleichender Perspektive umrissen werden. Danach gilt es, den methodischen Zugang und das Forschungsdesign der Studie zu erläutern, deren Datenbasis das vorzustellende Gespräch entnommen ist. Im Anschluss an die Diskussion des Beratungsgesprächs werden Folgerungen hinsichtlich der im Fallbeispiel zum Ausdruck gelangenden strukturellen Widersprüche gezogen und abschließend kommentiert.

### Zur aktivierungspolitischen Bearbeitung von Arbeitslosigkeit

Die workfare-Politik, also die Formel „welfare to work“, beruht auf der Sichtweise, wonach sozialpolitischen Einrichtungen selbst soziale Probleme verursachen, indem sie die Betroffenen darin hindern, Eigenverantwortung zu übernehmen und eigene Problemlösungsstrategien zu entwickeln. Ziel der Aktivierung Arbeitsloser ist denn auch die verstärkte Wahrnehmung von Verantwortung und dadurch einer Minderung des Schadens, welcher der Allgemeinheit aufgrund individueller Arbeitslosigkeit zugefügt wird. Die damit verbundene neue Form der Regulation zwischen der Sphäre der Sozialpolitik und dem Arbeitsmarkt gelangt in verschiedenen Ländern und dies in ganz unterschiedlichen Sicherungssystemen zur Geltung. Lødemel und Trickey zufolge handelt es sich bei der internationalen Durchsetzung dieser Neubestimmung des Verhältnisses von Individuum und Staat letztlich um eine Transformation von der Frage der Einkommensverteilung hin zu einer Frage der moralischen Berechtigung auf Unterstützungsleistungen (Lødemel/Trickey 2001: xiii). Doch entsprechend dem disparaten Bild, das die in den einzelnen Ländern je nach Modell der nationalstaatlichen Regulierung von Wohlfahrtsstaatlichkeit und Modi des Zugangs zu den Leistungen der jeweiligen Sicherungssysteme abgeben, verhält es sich auch mit der Implementierung so genannter aktivierungspolitischer Maßnahmen und Instrumente (Van Berkel/Hornemann Möller 2002; Barbier/Ludwig-Mayerhofer 2004; Dean et. al. 2005; Lødemel/Trickey 2001; Ludwig-Mayerhofer/Wroblewski 2004). So muss die rechtliche Verankerung der Integrationsverpflichtung für Arbeitslose nicht zwangsläufig in einer verstärkten Sanktionierung Arbeitsloser münden, wie dies in der Schweiz der Fall ist. Während auch in den USA der Akzent auf „Work-first“ liegt, steht in Frankreich nicht die Verpflichtung, sondern das Recht auf Arbeit im Vordergrund (Dean et. al. 2005: 13). Zudem könnten sich die ökonomischen Anreize zur Arbeitsaufnahme, so Wroblewski und Ludwig-Mayerhofer, anstatt in Form einer Peitsche (USA) auch als Rübe (Skandinavien) präsentieren (Ludwig-Mayerhofer/Wroblewski 2004: 486f.). Einer solchen Unterscheidung in „Peitsche“ und „Rübe“ entspricht denn auch die von Barbier und Ludwig-Mayerhofer vorgenommene Typisierung der unterschiedlichen Ansätze. Sie unterscheiden dabei in einen liberalen und universalistischen Idealtypus. Letzterer, den Barbier und Ludwig-Mayerhofer am ehesten durch die Länder Norwegen und Dänemark verkörpert sehen, garantiere nicht nur aufgrund eines guten Netzes verschiedener Unterstützungsformen einen hohen Lebensstandard, sondern insbesondere durch die minimale Lohngarantie, die den im Niedriglohnbereich Beschäftigten zugute kommen würde. Einer solchen Gesellschaft gelinge es, das Niveau der Beschäftigung hoch zu halten. Im Kontrast dazu steht der liberale Typus, bei dem die Arbeitsuche mittels Anreizen intensiviert werden soll sowie auf Arbeitsvermittlung und kurzfristig angelegte Weiterbildungsmaßnahmen gesetzt wird. „Activation entails both

the re-commodification of the system (already highly commodified in comparative terms) and efforts to reduce social expenditure,“ schreiben Barbier und Ludwig-Mayerhofer (Barbier/Ludwig-Mayerhofer 2004: 427). Auf die Formel gebracht könnte man sagen, dass die Arbeitslosen ausgehend vom liberalen Typus jede Lohnarbeit akzeptieren sollen, die ihnen der Markt bietet, vorausgesetzt ihre Anstellungsbedingungen entsprechen den arbeitsrechtlichen Bestimmungen und den sozialpartnerschaftlicher Vereinbarungen. Anhand des Beispiels der Schweizer Arbeitslosenversicherung, die sich aufgrund ihrer Rahmenbedingungen durchaus diesem Typus zuordnen ließe, wird allerdings deutlich, dass der liberale Ansatz in der Praxis durchaus paternalistische, also im Grunde alles andere als liberale Züge annehmen kann. Deutlich wird dies auch anhand des in diesem Beitrag zu diskutierenden Beratungsgesprächs. Gelingen für die für die Bearbeitung der von Exklusion bedrohten Menschen durch den aktivieren Staat Druck- und Zwangsmittel zur Anwendung, dann sprechen Rik von Berkel und Iver Hornemann Möller, denn auch von einer paternalistischen Ausrichtung innerhalb des Spektrums aktivierungspolitischer Reformvorstellungen (van Berkel/Hornemann Möller 2002: 54).

Für die Mitte der 1990er Jahre in der Schweiz konsequent durchgeführte Reform der Arbeitslosenversicherung zunächst bemerkenswert ist, dass das aktivierungspolitische Prinzip damit international zum ersten Mal innerhalb eines sozialen Sicherungssystems erprobt werden konnte, das nicht auf dem Bedarfsprinzip beruht, wie dies bei den Sicherungssystemen in den Ländern Dänemark, Großbritannien und den USA der Fall war, die diesbezüglich als Pioniere galten. In ihrer 1996 veröffentlichten Studie zur Arbeitsmarktpolitik in der Schweiz lobte die OECD die Berücksichtigung des Aktivierungskonzepts im Rahmen dieser Sozialversicherung denn auch als „revolutionären Schritt“, der von der „Effizienz“ des schweizerischen Modells der Sozialpartnerschaft zeuge (OECD 1996: 132). Dass sich durch den Gesetzgeber gestellte moralische Handlungsanforderungen jedoch nur bedingt mit dem Versicherungsprinzip, im Sinne eines äquivalenten Transfers von Leistungen, vereinbaren lassen und diese zugleich dessen Aushöhlung bedeuten, wird an anderer Stelle eingehend besprochen (Magnin 2005b). Fraglich ist auch die Legitimität, inwiefern der Staat, dem bei diesem Transfer seit Einführung der Pflichtversicherung<sup>3</sup> verwaltende Funktion zukommt, moralisch eine Gegenleistung für eine Leistung beanspruchen kann, die nicht er selbst, das heißt mittels Steuern finanziert, sondern im Grunde die abhängigen Beschäftigten und die sie beschäftigenden Betrieben durch Lohnbeiträge.<sup>4</sup> Weniger augenscheinlich fragwürdig ist die Legitimität des Aktivierungsprinzips bei bedarfsabhängigen Leistungen, wird damit von den Unterstützungsbedürftigen doch bloß mehr Fügsamkeit erwartet. Dabei bemisst sich Konformität, so Nadai, an ihrer Arbeitswilligkeit (Nadai 2005: 19). Für die kommunalen Sozialhilfe, wo das Aktivierungsprinzip zwar zögerlicher als in der Arbeitslosenversicherung, doch indessen ebenfalls breit durchgesetzt wurde, machen

<sup>3</sup> Die Einführung der Pflichtversicherung erfolgte in der Schweiz vergleichsweise spät und zwar im Jahr 1977 per Bundesbeschluss und anfangs 1984 per Gesetz (Großbritannien: 1911, Österreich: 1920, Deutschland 1927).

<sup>4</sup> Zum Zeitpunkt der Untersuchung betrug der Beitragssatz für Arbeitnehmende und -gebende je 1.5 Prozent des Bruttoeinkommens, seit 1. Juli 2003 sind es nur noch 1 Prozent. Die Leistung bemisst sich nach dem in den zwei Jahren zuvor erwirtschafteten Einkommen und beträgt je nach Familiensituation 70 oder 80 Prozent des entsprechenden Durchschnittswertes.

Maeder und Nadai geltend, dass die damit verbundenen Sanktionen insofern kontraproduktiv seien, als sie die für eine „wirksame Hilfe in der Sozialarbeit“ notwendige Bildung eines Arbeitsbündnisses verhindern würden. Zudem könne eine solche über den einzelnen Fall hinausgehende Disziplinierung gar nicht erst die gewünschte Wirkung individueller Anreize entfalten (Maeder/Nadai 2004: 181f. und 2005).

Die in der Arbeitslosenversicherung verfolgte Politik einer verstärkten Integrationsförderung durch einerseits Unterstützung von Arbeitslosen mittels Weiterbildungsmöglichkeiten und Beratung, andererseits einer Ausdehnung der an sie gestellten Verhaltenserwartungen entspricht den Empfehlungen, wie sie die OECD zuhänden ihrer Mitgliedstaaten in der sogenannten Jobs Study (1994) formulierte. Dazu gehörte die systematische Institutionalisierung und Zentralisierung der öffentlichen Arbeitsvermittlung. Dieser Einrichtung kommt insofern eine Schlüsselrolle zu, als hier die Fäden einer verstärkten Unterstützung und Kontrolle zusammen laufen. Nebst den Zentren der öffentlichen Arbeitsvermittlung sind in der Schweiz aber auch die kantonalen Arbeitsämter sowie öffentliche und gewerkschaftliche Arbeitslosenkassen mit den Aufgaben des Vollzugs innerhalb der Arbeitslosenversicherung betraut. Die in diesem Zusammenhang wichtige Entscheidungsgrundlage, nämlich in welchen Fällen die Vollzugsorgane Sanktionen aussprechen können, erschließt sich im Gesetz indirekt und zwar anhand der Pflichten, welche die Versicherten der „zuständigen Amtsstelle“ gegenüber erfüllen müssen, deren Weisungen sie zu befolgen haben (AVIG, Art. 17). Die versicherte Person ist insbesondere verpflichtet, „vermittelte Arbeit“ anzunehmen sowie an Beratungsgesprächen, Orientierungsveranstaltungen, Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen. Die Kontrolle, ob sich die Bezügerinnen und Bezüger ausreichend um ihre Integration ins Erwerbsleben bemühen, erfolgt in den regionalen Zentren und zwar aufgrund bürokratisch festgelegter Standards, so durch den von den Arbeitslosen zu erbringenden Nachweis einer gewissen Anzahl getätigter Bewerbungen. Die systematische Anwendung solcher Standards kommt einer Beweislastumkehr gleich, das heißt, dass die Versicherten ihre Unschuld unter Beweis stellen müssen statt umgekehrt die Behörde ein Verschulden, wie dies der Verfahrensregel der Unschuldvermutung entsprechen würde. Begründet wird diese Umkehr mit der Schadensminderungspflicht.

Der Dienstleistungsauftrag, den das regionale Arbeitsvermittlungszentrum gleichfalls wahrnimmt, ist dagegen im Arbeitsvermittlungsgesetz verankert (Arbeitsvermittlungsgesetz, Art. 24). Die Dienstleistungen wie Stellenbörse und Beratungen kann im Grunde auch in Anspruch nehmen, wer keine Leistungen der Versicherung bezieht. Allerdings tut das fast niemand, obwohl dank der regionalen Zentren, für deren Betrieb aufgrund der ausgeprägt föderalen politischen Strukturen trotz Zentralisierung die Kantone zuständig sind, heute ein flächendeckendes Angebot an ausgeschriebenen Stellen besteht, das mittels Computer- und Internettechnologie in der ganzen Schweiz einsehbar ist.

## Forschungsdesign und methodologische Überlegungen

### a) *Zugang und Fragestellung*

Im Unterschied zu den zuvor erwähnten, Länder vergleichenden Studien, in denen vor allem Rahmenbedingungen und beabsichtigte Zielsetzungen der Politik vor dem Hintergrund eines sich wandelnden Arbeitsmarktes untersucht wurden, liegt das Augenmerk der Studie, aus welcher der zu diskutierende Fall stammt,<sup>5</sup> auf den durch diese Bedingungen generierten Handlungspraxis der im Zuge der Reform geschaffenen Arbeitsmarkt-Behörde. Was interessiert, sind die aufeinander bezogenen Handlungen der in die institutionelle Praxis der öffentlichen Arbeitsvermittlung eingebundenen Mitarbeitenden sowie die per Gesetz zur Beratung verpflichteten Arbeitslosen, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung beziehen. Ziel war es herauszufinden, wie sich letztlich die von der Rechtsgemeinschaft im Gesetz niedergelegten Absichten bei ihrer Realisierung in diese Praxis, in der Auseinandersetzung der für den Vollzug Verantwortlichen mit den Empfängerinnen und Empfängern von Versicherungsleistungen konkret auswirken. Welche Form von professionellem Handeln wird darin sichtbar? Welches sind die Handlungsstrategien der Arbeitslosen, in dieser für ihre berufliche Zukunft wichtigen Verhandlungssituationen, die sich der Definition Goffmans zufolge als „Schlüsselsituationen“ beschreiben lassen – nicht zuletzt, weil es sich aufgrund ihres institutionalisierten Charakters um Begegnungen handelt, „in denen der Eindruck, den Individuen im Verlauf von Interaktionen erwecken, sich unmittelbar auf ihr Lebensschicksal auswirkt“ (Goffman 1994, 1982: 73f.). Fallen aufgrund des zugrunde liegenden Arrangements bestimmte soziale Attribute systematisch ins Gewicht, übt dieser Umstand einen erheblichen Einfluss auf die Sozialstruktur aus.

Das der Beratungssituation zugrunde liegende Arrangement und seine Wirkungslogik galt es also in der konkreten Praxis der Behörde zu untersuchen. Dadurch gelangten die unmittelbaren Auswirkungen ins Blickfeld. Dies unterscheidet die Herangehensweise der Studie von jenen Wirkungsevaluationen, wie sie von den Ämtern jeweils in Auftrag gegeben werden. Diese bemessen die Wirkungen stets indirekt, das heißt vermittelt durch Indikatoren, die den Erfolg oder Misserfolg der Arbeitsvermittlung und Arbeitsvermittlungsprogramme ausweisen sollen. Erfolg bedeutet gemäß der im Arbeitslosenversicherungsgesetz festgelegten Zielsetzung eine möglichst „rasche und dauerhafte Vermittlung arbeitsloser Personen“. Für dessen Bemessung wird die Vermittlung mit der Abmeldung vom Leistungsbezug gleichgesetzt, unabhängig von den Gründen, weshalb eine solche erfolgt ist. Dagegen gelangen mit der Fokussierung auf die Beratungsgespräche als Aushandlungsprozesse zwischen Behörde und Individuum zur legitimen Beanspruchung von Arbeitslosengeldern die auf die Situationen bezogenen unmittelbaren, da rekonstruierbaren Auswirkungen zur Geltung.

Die Frage, ob es letztlich gelingt, die mit der Schaffung der untersuchten institutionellen Praxis verfolgten politischen Absichten, so die Förderung von Eigenverantwortung, Aktivierung und Missbrauchsbekämpfung, tatsächlich darin zu realisieren,

<sup>5</sup> Das Forschungsprojekt wurde im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms NFP 45 „Probleme des Sozialstaats“ durchgeführt und vom Schweizerischen Nationalfonds finanziert. Es stand unter der Leitung von Prof. Claudia Honegger.

wurde erst in einem zweiten Schritt der Analyse, auf der Grundlage der Rekonstruktion einzelner Beratungsgespräche, näher beleuchtet. In einem ersten Schritt wurden zunächst die Handlungs- und Deutungsmuster rekonstruiert, wie sie von den in dieser institutionellen Praxis Involvierten ausgehend von dem ihnen damit vorgegebenen Handlungsrahmen entwickeln. So wird auch anhand der in der Folge zu präsentierenden Ausschnitte aus einem Beratungsgespräch nicht nur deutlich gemacht werden können, welche gesetzlichen Regeln vollzogen werden, sondern zugleich wie diese von den Handelnden bei der Umsetzung in die Praxis selbst ausgelegt und umdefiniert werden, und welche konkreten Probleme sich dabei stellen können. Auf diese Weise geraten sowohl die normativen Regulierungen auf Gesetzesebene ins Blickfeld wie die Anpassungsleistungen und Widerstandsformen der Handelnden selbst. Mit Blick auf die sich in der Beratungssituation vollziehenden Handlungen zeigt sich, inwiefern diese bereits eine Deutung der zugrunde liegenden Strukturlogik enthalten und somit als spezifische Formen der Bewältigung von daraus resultierenden Strukturproblemen ebenso rekonstruiert werden können.

### *b) Die Erhebung der Daten*

Von den insgesamt rund 140 Zentren wurden zwecks Erhebung der Daten sieben ausgewählt. Bei ihrer Auswahl wurde der strukturellen Vielfalt der Schweiz und somit auch dem Prinzip der Variation verschiedener Strukturmerkmale Rechnung getragen, mit dem Ziel, dass daran geknüpfte, allenfalls spezifische Wirkungen in den empirischen Daten zur Geltung kommen sollten. Folgende Kriterien fanden dabei Berücksichtigung: Sprachregion, die Siedlungsstruktur (Stadt/Agglomeration/Land), die Wirtschaftsstruktur (Industrie/Dienstleistung/Landwirtschaft), die Höhe der Arbeitslosenquote sowie die konfessionelle Zugehörigkeit der lokalen Bevölkerung. Was die Arbeitslosenquote (gemäß Staatssekretariat für Wirtschaft)<sup>6</sup> angeht, zeigen sich zwischen den ausgewählten Regionen deutliche Unterschiede. Zum damaligen Zeitpunkt (2000) sehr gering fielen die Arbeitslosenquoten in den beiden Innerschweizer Kantonen Obwalden (0.5) und Nidwalden (0.6 Prozent) aus, für die das untersuchte Zentrum in Hergiswil zuständig ist. Dabei handelte es sich um den zweit- und drittniedrigsten Wert. Am höchsten lag die Quote im Kanton Genf (4.1), gefolgt vom Kanton Tessin (2.8), die beide ebenfalls berücksichtigt wurden. Nahe am Durchschnitt bewegten sich die Arbeitslosenquoten der restlichen vier Kantone: Bern (1.2), St. Gallen (1.3), Zürich (1.7), Neuchâtel (1.7). Der schweizerische Durchschnitt betrug damals 1.7 Prozent, indessen liegt die Quote bei 3.3 Prozent (Mai 2006).

In jedem der ausgewählten sieben Zentren wurden Feldstudien durchgeführt. Während dieser jeweils zwei Wochen dauernden Aufenthalte war die Teilnahme an insgesamt 208 Gesprächen möglich. Davon wurden 93 auf Tonband registriert. Auf der Grundlage solcher Tonbandaufnahmen wurden wortgetreue Handlungsprotokolle er-

<sup>6</sup> Die Arbeitslosenquote des Staatssekretariat für Wirtschaft berechnet sich aus den bei den regionalen Arbeitsvermittlungszentren zum Bezug von Leistungen angemeldeten Personen, im Jahr 2000 hatten sich in der Schweiz jedoch nur gerade 44 Prozent der dazu Berechtigten hierfür angemeldet, vgl. Bundesamt für Statistik 2001: 10. Nicht enthalten in dieser Zahl sind alle jene, die zu diesem Zeitpunkt an Kursen und Programmen teilnehmen.

stellt, wie dies für die Anwendung des sequenzanalytischen Interpretationsverfahrens erforderlich ist.

Entlang der von Oevermann vorgenommenen Unterscheidung in „naturwüchsige“ versus inszenierte protokolliert Wirklichkeit handelt es sich demnach die erste Variante der Datengenerierung (Oevermann 2000b: 87f.). Dies bedeutet, dass die in den Protokollen vorgefundene Praxis nicht extra zum Zweck sozialwissenschaftlicher Analyse generiert wurde, sondern sich auch ohne Anwesenheit der Forscherin vollzogen hätte. Sollte ihre Anwesenheit jedoch auf den Verlauf der Beratungsgespräche einen Einfluss gehabt haben, wird dies in einem wortgetreuen Protokoll nicht nur ersichtlich und ist der Analyse dadurch direkt zugänglich. Dies ist im Protokoll, das zur Diskussion gestellt werden wird, auch tatsächlich der Fall.

### *c) Das Verfahren der Fallrekonstruktion bei der Analyse von Beratungsgesprächen*

Die Fallrekonstruktion, wie sie von Oevermann als eigenständige Methode der Sozialforschung begründet wurde, stellt die Radikalisierung dessen dar, sich der sozialen Welt ausschließlich analytisch zu nähern und dabei das Zusammenspiel objektiver Bedingungen und subjektiver Motive ins Zentrum der Betrachtungen zu stellen (vgl. Oevermann 2000b). Das zur Anwendung gelangende sequenzanalytische Verfahren erwies sich für die Rekonstruktion der in den Beratungsgesprächen spezifisch wirksamen Strukturlogik und der darauf bezogenen Handlungsstrategien als besonders gut geeignet, nicht zuletzt auch deshalb, weil jenes die für die Überprüf- und Nachvollziehbarkeit der Interpretation von Texten notwendigen Regeln bereitstellt. Dasselbe Verfahren ist in Deutschland im Zusammenhang mit einer Studie zur „Verwaltung des Sozialen“ verwendet worden, in deren Rahmen Typen von Bewältigungsformen des für die Sozialdienste grundlegenden Handlungsproblems rekonstruiert wurden (vgl. von Harrach/Loer/Schmidtke 2000). Grundlage dieser Analyse bildeten jedoch nicht Protokolle tatsächlich stattgefundener Gespräche zwischen Behörde und Klientel, sondern die mit Mitarbeitenden durchgeführten Interviews.

Im Zuge der Auswertung von größerer Bedeutung als die Variation von Strukturmerkmalen bei der Auswahl der Zentren erwies sich das Prinzip der maximalen Kontrastierung beim Vergleich der Einzelfallanalysen mit dem verfolgten Zweck der Generalisierung der Ergebnisse. Die Kontraste wurden dabei ausschließlich basierend auf der inhaltlichen Bestimmung der jeweils rekonstruierten Handlungstypen gebildet. Ziel war es, den „Variationsspielraum“ der „interessierenden Phänomenalität“ gänzlich auszuschöpfen (Oevermann 2000b: 99). Dabei zeigte sich, dass angesichts der bei der Analyse zutage tretenden strukturellen Eigenschaften der Beratungssituation und der allgemeinen Strukturproblematik von sich widersprechenden, jedoch im selben institutionellen Rahmen der Beratungspraxis zu vereinigenden Handlungslogiken von Beratung und Kontrolle kein einheitliches Muster eines regionalspezifischen Umgangs und damit verbunden einer regionalspezifischen Wirkung herauskristallisiert werden kann, die sich auf oben erwähnte Kriterien bei der Variation der Strukturmerkmale hätten zurückführen lassen. Jene könnten als mögliche Erklärungsfaktoren erst dann an Relevanz gewinnen, wenn die statistische Verteilung der durch die Studie rekonstruierten



Handlungstypen ins Blickfeld genommen würde. Dies entsprach jedoch auch nicht Fragestellung des Forschungsprojektes, für mehr Kenntnisse in Bezug den Zusammenhang zwischen regionalen Strukturmerkmalen und der Häufigkeit des Auftretens gewisser Handlungstypen wäre denn auch eine weiterführende, standardisiert-quantitativ verfahrenende Untersuchung nötig.

Zwar beruht der zu präsentierende Fall auf einer ausführlichen Sequenzanalyse unter Berücksichtigung der im Rahmen der objektiven Hermeneutik entwickelten Interpretationsregeln, doch kann diese Rekonstruktion aus Platzgründen nicht in ihrer vollen Länge wiedergegeben werden. Deswegen, aber auch aus Gründen der Lesefreundlichkeit, handelt es sich bei der Falldarstellung um eine Verdichtung des Erschließungsprozesses der rekonstruktiv gewonnenen Ergebnisse. Nichtsdestotrotz soll anhand der Textausschnitte und ihrer Analyse hervorgehen, auf welcher Basis die Schlüsse gezogen wurden, wie sie ganz am Schluss des Beitrags zu finden sind.

### Eine Fallanalyse – Ein Pingpong mit Argumenten<sup>7</sup>

Wie die Mitarbeitenden in den Sozialämtern sind auch jene, die für den Gesetzesvollzug in der Arbeitslosenversicherung zuständig sind, gehalten, Vorschriften zu realisieren, die sie selbst nicht zu verantworten haben und selber vielleicht sogar kritisieren würden. Zugleich muss der Mitarbeiter, wie Oevermann dies geltend macht, „die konkreten Probleme seiner Klienten in ihrer jeweiligen Konkretion als ganze Personen“ würdigen (Oevermann 2000a: 84). Im Unterschied zu Sozialhilfebehörden sind die Arbeitsmarktbehörden jedoch nicht dazu angehalten, im Sinne einer sozialarbeiterischen Praxis zur Wahrung und Herstellung der psychosozialen Integrität ihrer Klientinnen und Klienten beizutragen. Ihr Auftrag ist allein die Behebung von Arbeitslosigkeit durch Arbeitsvermittlung und die Kontrolle der Zugangskriterien zu den Leistungen. Trotzdem gilt es auf allgemeiner Gesetzesebene formulierte Erwartungen in der Situation der Begegnung auf das konkrete Gegenüber zu beziehen. Zu der nicht aufzuhebenden Widersprüchlichkeit zwischen allgemeiner Gültigkeit rechtlicher Normen und der Eigengesetzlichkeit der Fälle, gesellt sich die hier aus der spezifischen Rahmensetzung hervorgehende Anforderung an die Mitarbeitenden, die sich widersprechenden Handlungslogiken von Beratung und einer aufgrund bürokratisch festgelegter Standards durchgeführten Form von Kontrolle zu vereinen.

So wird anhand des Gespräches zwischen einem arbeitslosen Juristen und einem Mitarbeiter eines regionalen Arbeitsvermittlungszentrums nicht nur deutlich, wie die an den als Berater tätigen Mitarbeiter gestellten institutionellen Anforderungen mit seiner unmittelbaren Verpflichtung dem Klienten gegenüber in Konflikt geraten. Zudem gibt das Gespräch Aufschluss darüber, inwiefern die in dieser Kontrolle vom Gesetzgeber ausgedrückten, an die Arbeitslosen gerichteten Erwartungen mit dem Beratungsanspruch der Einrichtung kollidieren. Aufgrund der Analyse dieser Kollision lässt sich denn auch der Bedarf an zusätzlichen Professionalisierungsschritten in der öffentlichen Arbeitsvermittlung und beim Rechtsvollzug in der Arbeitslosenversicherung nachzeichnen.

<sup>7</sup> Die Fallanalyse ist in der Publikation „Beratung und Kontrolle“ (vgl. Magnin 2005a) enthalten. Sie wurde für diesen Artikel allerdings leicht überarbeitet.

Der arbeitslose Jurist, der in diesem Gespräch beraten wird, sieht sich angesichts der mit dieser Kontrolle seines Arbeitsmarktverhaltens einhergehenden Beweislastumkehr während des Gespräches dagegen dazu aufgefordert, seine Unschuld in Bezug auf das darin zum Ausdruck gelangende Misstrauens, er sei zu passiv, glaubwürdig darzulegen. Aufgrund seines Berufes bringt er hierfür die besten Voraussetzungen mit, nicht nur, weil er allenfalls über Kenntnisse der entsprechenden rechtlichen Bestimmungen verfügt, sondern weil er zumindest in der Lage sein sollte, sich solche rasch anzueignen. Juristinnen und Juristen sind zudem geübt darin, mit rechtlichen Bestimmungen einen rhetorisch versierten Umgang zu pflegen, im Wissen, dass es sich bei deren Anwendung um eine Frage der Auslegung handelt.

Am Gespräch nehmen nun also teil der arbeitslose und 38 Jahre alte Jurist Martin Sieber (S) sowie der gleichaltrige Mitarbeiter eines Zentrums – Daniel Pfister (P), der ebenfalls über eine akademische Ausbildung verfügt. Der Arbeitslose sucht nun schon seit fünf Monaten eine Stelle. Als M wurde die im Beratungsgespräch anwesende Forscherin gekennzeichnet.

Das Tonband wird eingeschaltet, als die beiden bereits in ein Gespräch verwickelt sind.<sup>8</sup>

*S: Eben, meistens geht das ja wortlos, oder.*

*P und M lachen*

*P: Meistens ich nicht.*

*S: Wie viel haben wir da?*

*//P: Gut.//*

*6 Sekunden Pause.*

Nach Einschalten des Tonbands sagt der Versicherte Martin Sieber, dass sich zwischen den Beteiligten etwas, an dieser Stelle noch Unbekanntes, meistens wortlos vollziehe. Es ist anzunehmen, dass sich diese Aussage auf die Tonbandaufnahme bezieht, als könnte sich eine solche mangels Gesprächsinhalt allenfalls als ungeeignet dafür herausstellen, die während des Beratungsgespräches sich vollziehenden Handlungen zu einem späteren Zeitpunkt zu dokumentieren, wie es die Absicht der Forscherin war. Doch der Berater, Daniel Pfister, teilt diese von Sieber vorgenommene Einschätzung nicht, zumindest was seine eigene Person anbelangt. „Meistens ich nicht“, sagt er nur. Wollte Sieber mit seiner Äußerung allenfalls gar die Bezeichnung „Beratung“ in Frage stellen, dies angesichts der evozierten Vorstellung, dass sich die Interaktion zwischen ihnen beiden normalerweise wortlos vollzieht, was bei einer Beratung im Grunde gar nicht der Fall sein kann?

<sup>8</sup> Personennamen sowie Orts- und Firmenbezeichnungen wurden anonymisiert. Das Gespräch wurde in einem Schweizer Dialekt geführt. Für die Transkription wurde der Dialekt in ein einfaches Hochdeutsch übertragen. Zur Interpunktion: Das Zeichen „//“ zeigt an, wenn ein Gesprächsbeitrag unterbrochen wird. Auch um Unterbrechungen handelt es sich bei Bestätigungsformeln wie „mhm“. Diese erscheinen direkt im gesprochenen Statement. Ebenfalls mit Doppelslash abgetrennt wird der Redebeitrag einer Person, wenn beide Personen gleichzeitig sprechen. In einer Doppelklammer wird jeweils die Anzahl unverständlicher Worte angegeben.

Im Anschluss an die durch Sieber diesbezüglich vorgenommene Klärung, dass keine Rede davon sein kann, fragt Sieber nach der Anzahl offenbar materiell vorliegender Objekte. Pfister, der Behördenvertreter unterbricht ihn mit „gut“, was eine Bestätigung eines Sachverhalts darstellt. Statt dass er nun die Gesprächsführung übernehmen würde, kommt es zu einer sechs Sekunden dauernden Gesprächspause. Dann sagt erneut der Versicherte etwas, allerdings leider etwas Unverständliches.

*S: ((2)) nicht.*

*P: Ja. Hat es dann einfach wenig A-, herum gehabt?*

*S: Es hat einerseits wenig Stellen .. und, ich denke Sie wollen ja auch, und dass ich mich auf Stellen, eh bewerbe, wo ich tatsächlich eine Chance habe, Sie wollen nicht, dass ich mich als Chef Rüstungsdienst bewerbe..*

*//P: Kaum, Chef Rüstungsdienst, höchst unrealistisch, dass Sie sich //eben// das, das wäre eine Scheinbewerbung..//*

*S: Scheinbewerbung //mhm//?*

*Alle lachen*

*P: als Chef Rüstungsdienst //mhm// bewerben.*

*S: Aber eben, das mache ich natürlich nicht.*

Der Berater Pfister bestätigt zunächst die unverständlichen Ausführungen Siebers und zwar mit „ja“. Aufgrund der anschließenden Frage wird nun klar, worüber hier gesprochen wird, dann nämlich, als Pfister wissen will, ob es nur wenig Stellenangebote gegeben habe. Bei den Objekten, auf die sich Sieber als zuvor bezog, handelt es um den Nachweis der von ihm getätigten Bewerbungen um Stellen, in der Sprache der Verwaltung „Arbeitsbemühungen“. Interessanterweise ergreift hier nicht der Berater die Initiative zur Kontrolle der Arbeitsbemühungen, sondern der Versicherte selbst, indem er jene gleich zu Beginn präsentiert, ohne dazu aufgefordert worden zu sein. Als sich Sieber dann durch Pfisters Frage nach dem Stellenangebot zu einer Rechtfertigung der vom Berater offenbar als zu gering erachteten Anzahl Bewerbungen aufgefordert sieht, holt er gleich zu einem ersten Schlag aus. Dabei spielt er Qualität und Quantität von Bewerbungen gegeneinander aus, in der Absicht, die Bestätigung der Richtigkeit seines Handelns durch den Vollzugsverantwortlichen zu erwirken. Er versucht ihn moralisch auf das gemeinsame Ziel zu verpflichten, dass er sich nur auf diejenigen Stellen bewirbt, bei denen zumindest eine geringe Aussicht darauf besteht, dass er sie kriegen könnte. Indirekt spricht er damit das Phänomen der Alibibewerbungen an, die nur verfasst werden, um die Behörde zufrieden zu stellen, entweder ohne Absicht oder auch nur einen Funken Hoffnung, die Stellen, um die man sich damit formell bemüht, auch tatsächlich zu kriegen. Als auf seine Person bezogenes Beispiel führt Sieber eine Bewerbung bei der Armee an, um zu verdeutlichen, dass es nicht sinnvoll sein kann, sich möglichst auf jede ausgeschriebene Stelle zu bewerben, nur um die von der Behörde gestellten Aufgaben zu ihrer Zufriedenheit zu erledigen. Offenbar kann er voraussetzen, dass der Berater eine Bewerbung bei der Armee in seinem Fall ebenfalls für sinn-

los hält, ein Wissen, über das wir nicht verfügen. Dass es sich dabei um eine undenkbbare Variante auch für Sieber handelt, bestätigt jener jedenfalls umgehend.

Der Berater geht in seinen Ausführungen sogar über die reine Bestätigung hinaus, zumal er dem Versicherten zu verstehen gibt, dass er sich sogar des Vergehens einer Scheinbewerbung schuldig machen würde, wenn er sich als Chef des Rüstungsdienstes bewerben würde. Indem Pfister die Begriffe „Schein“ und „Bewerbung“ zusammensetzt, impliziert er, dass es sich dabei nur um ein trügerisches Bild handeln würde, das die tatsächlichen Absichten nicht widerspiegelt, weil niemand, so der Subtext, ernsthaft glauben würde, dass Sieber bei der Armee berufstätig sein möchte. Was für die Arbeitslosen Alibibewerbungen sind, erweist sich aus Sicht der Verwaltung als Scheinbewerbungen. Als sich Sieber näher nach diesem, offenbar möglichen Vergehen einer „Scheinbewerbung“ erkundigt, löst dies allgemeine Heiterkeit aus. Diese bezieht sich weniger auf den Inhalt als die Form des Gesagten, nämlich das Erstaunen Siebers, dass es überhaupt möglich ist, sich des Vergehens einer Scheinbewerbung schuldig zu machen. Dieses Erstaunen ist durchaus berechtigt: Weder im Arbeitslosenversicherungsgesetz noch in der dazugehörigen bundesrätlichen Verordnung oder den Richtlinien des Staatssekretariats für Wirtschaft wird ein mit Sperrtagen zu bestrafendes Fehlverhalten „Scheinbewerbungen“ aufgeführt. Abgeleitet werden kann es jedoch indirekt aus der gesetzlichen Bestimmung, wonach die Versicherten sich um Arbeit bemühen sollen. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass entsprechende Unternehmungen in ernsthafter Absicht getätigt werden. Wer sich nur zum Schein bewirbt, bemüht sich nicht richtig um Arbeit. Doch der Jurist geht dieser Frage nicht weiter nach, ob ihm der Berater hier etwas vorflunkert, sondern packt stattdessen die sich ihm bietende Gelegenheit beim Schopf, sich als guten Arbeitslosen darzustellen. Er bekräftigt, dass er nie so etwas Schändliches tun würde, wie sich nur zum Schein bewerben. Obwohl er also nicht genug Stellenbewerbungen vorweisen kann, gelingt es ihm mit diesem rhetorischen Trick, sich selbst als moralisch korrekten Versicherten darzustellen.

### *Ablehnung einer Stelle*

Wie reagiert nun der Berater?

*P: Ja, ehm .. jetzt habe ich aber auch überlegt, als ich noch einmal durchgesehen habe für .. Sie sind schon eine Weile arbeitslos. Wie erklären Sie sich das?*

*S: Also .. ich denke .. der Hauptgrund ist gewesen, dass ich im ersten Vorstellungsgespräch immer gesagt habe, dass ich irgendwann noch das Anwaltspatent machen will .. und das ist ein Fehler gewesen.*

*P: Moment, das ist ein Fehler? Das ist negativ?*

Pfister fällt nichts anderes ein, als die Ausführungen Siebers mit einem „Ja“ zu bestätigen. Offenbar ist er in der Situation nicht schlagfertig genug, um unmittelbar darauf reagieren zu können. Stattdessen setzt er an zu einer Frage, die ihm beim Durchblättern der Unterlagen Siebers vor dem Gespräch anscheinend in den Sinn gekommen ist, das heißt, die er wahrscheinlich extra für dieses Gespräch vorbereitet hat. Indem Pfister Sieber dazu auffordert zu erklären, weshalb er schon so lange arbeitslos ist, und durch das „aber“ eine Verbindung zur Erwartung einer raschen Beendigung der Arbeitslosigkeit

keit schafft, wird deutlich, dass er dabei jedoch sehr wohl an das vorher Gesagte anknüpft. Wenn Sieber tatsächlich den Anspruch erhebt, dass er nur qualitativ wertvolle Bewerbungen schreibt, wie kann es dann sein, dass er noch immer keine Stelle hat? Auf diese Weise versucht Pfister, Sieber argumentativ in Bedrängnis zu bringen. Dieser erweist sich allerdings keineswegs um eine Antwort verlegen. Er macht geltend, bei den Vorstellungsgesprächen einen strategischen Fehler begangen zu haben, weil er während der laufenden Bewerbungsverfahren seinen Plan verriet, eine Weiterbildung zum Anwalt anzustreben. Auch dahinter versteckt sich ein Seitenhieb, entspricht doch permanente Weiterbildung im Grunde einer normativen Handlungsanforderung, die der im Rahmen dieser institutionellen Praxis realisierten aktivierungspolitischen Form von Arbeitsmarktpolitik sozusagen inhärent und in der Verpflichtung zur Bereitschaft der Kursteilnahme rechtlich verankert ist.

Dass dem so ist, zeigt auch die Reaktion Pfisters, der dieser Geschichte nicht auf Anhieb Glauben schenken will, wie seine erstaunte Nachfrage zeigt, und zwar als er mit seiner Frage „das ist negativ?“ seinen Erstaunen Ausdruck gibt, dass Weiterbildung tatsächlich negativ bewertet wird. Für diese Nachfrage, nun als ganze betrachtet, bestehen zwei verschiedene Deutungsmöglichkeiten: Entweder Pfister signalisiert mit seiner Frage Interesse dafür, was sich auf dem Arbeitsmarkt ereignet, um die Situation seines Gegenübers besser verstehen zu können. Oder es handelt sich um eine Kontrollfrage, mit der er das heimliche Ziel verfolgt herauszufinden, ob sich Sieber erneut über die Anforderungen des Gesetzes lustig machen will, diesmal darüber, dass die Versicherten stets ihre Bereitschaft zu Weiterbildung signalisieren sollten. Denn würde der Argumentation Siebers Folge geleistet, müsste man zum Schluss kommen, dass die Weiterbildungsbemühungen nicht an mangelndem Willen der Arbeitnehmenden scheitern, sondern an der Bereitschaft der Betriebe, ihren Angestellten eigene Weiterbildungspläne zuzugestehen. Die Verfolgung seines Ziels einer zusätzlichen Qualifikation hatte sich bei der Arbeitssuche anscheinend als Stolperstein entpuppt.

*S: Das ist sicher negativ. Weil die sagen sich ja dann, .. der arbeitet dann einfach ein paar Monate bei uns, oder ein halbes Jahr und dann geht er wieder.. //mhm//, zum sein Patent machen, .. oder wenn er einfach dann nur eine Teilzeitanstellung ((2)). Dann ist das natürlich klar. Aber eh, dieses Anwaltspatent, das habe ich jetzt einmal weggesteckt. Das mache ich jetzt .. nicht //mhm//. Zumindest bis auf weiteres nicht //mhm//. Und durch das sind ja wahrscheinlich dann auch ... die Chancen realistischer. Also ich werde jetzt einfach auch ((3)), ... (6). Dann hat es natürlich schon auch Stellen gehabt, also es hätte eine gehabt bei der Polizei, und das habe ich, das habe ich dann abgelehnt.*

*P: Abgelehnt?*

Der arbeitslose Sieber sieht sich nun also dazu aufgefordert, den Sachverhalt ausführlicher darzulegen. Er führt aus, dass er zur Wahrung seiner Chancen auf dem Arbeitsmarkt seine Weiterbildungspläne vorderhand begraben musste. Als der Berater darauf nicht reagiert und die sechs Sekunden Pause ungenutzt verstreichen lässt, schneidet Sieber ein nächstes, aus der Sicht des Beraters höchst heikles Thema an. Er gibt unumwunden zu, eine Stelle abgelehnt zu haben, was den Berater nun erst recht in Erstaunen und Alarmbereitschaft versetzt. Bei der Ablehnung einer „zumutbaren Stelle“ handelt es sich, folgt man den bereits erwähnten Richtlinien des Staatssekretariats für

Wirtschaft, um das schlimmste aller möglichen Vergehen. Für dieses Fehlverhalten ist das höchste Strafmaß von 31 bis 45 Sperrtagen vorgesehen, im Wiederholungsfall sind es 46 bis 60 und beim dritten Mal droht sogar der Entzug des Rechtsanspruchs auf Leistungen. Pfister will mehr darüber in Erfahrung bringen, wie seine Nachfrage „abgelehnt?“ zeigt. Dabei handelt es sich nun eindeutig um eine Kontrollfrage. Wäre er am Sachverhalt interessiert, würde er zunächst nach dem Grund fragen. Sieber realisiert seinen Fehler sofort: Er hat sich in die Nesseln gesetzt und versucht nun nachträglich, die Bedeutung des Gesagten zu relativieren.

*S: Ja. Ja gut, ich weiß nicht, ob ich sie definitiv bekommen hätte, aber .. ich bin einfach in der engeren Auswahl gewesen, dann habe ich mich zurückgezogen. Ich hätte, dort wäre ich todunglücklich gewesen, also dann wäre ich wahrscheinlich zwei Monate dort gewesen und hätte gekündigt //mhm//. In einem Rechtsgebiet wie das, muss ich auch sagen, keine Ahnung gehabt hätte. ... Dann hat man mich einfach dummerweise dort eingeladen.*

*P: Dummerweise haben Sie sich auch dort beworben, verstehe ich das? //Ja, natürlich// Ist das eine Scheinbewerbung gewesen?*

*S: Was heißt für Sie Scheinbewerbung?*

Sieber rechtfertigt sich damit, dass er nicht sicher gewesen sei, ob er die Stelle tatsächlich bekommen hätte. Das ist kein gutes Argument, denn es ändert nichts am Vorwurf, die Stelle abgelehnt zu haben. Als zweites Argument führt er das Leiden ins Feld, das mit der Annahme einer solchen Stelle verbunden gewesen wäre. Dies hätte seiner Ansicht nach nur dazu geführt, dass er gleich wieder arbeitslos geworden wäre, weil er wegen des subjektiv als unerträglich empfundenen Inhalts dieser Tätigkeit die Stelle kurz nach ihrem Antritt hätte kündigen müssen. Er legt also dar, weshalb die Vorschrift, keine Stelle ablehnen zu dürfen, aus seiner Sicht ihren eigentlichen Zweck verfehlt, Arbeitslosigkeit zu verhindern. Doch diesmal erweist sich der Berater als sehr gewandt. Er greift die Begründung Siebers auf und führt sie konsequent weiter. Bewirbt sich Sieber auf eine Stelle, so das Argument Pfisters, von der er im Voraus weiß, dass ihm die Stelle, da sie ihm nicht entspricht, Leiden verursachen wird, kann die betreffende Bewerbung nicht als eine ernsthafte Bemühung betrachtet werden. Pfister spielt den Ball zurück, den ihm Sieber ganz zu Beginn des Gespräches zugespielt hat. Er stellt ihm die Gewissensfrage, ob er nun doch getan habe, was er anfänglich abstritt, um sich ein gutes Licht zu rücken, nämlich sich nur zum Schein zu bewerben. Mit seiner Gegenfrage, als hätte er nicht verstanden, was eine Scheinbewerbung ist, versucht Sieber Zeit zu gewinnen. Diese Gegenfrage zwingt den Berater, die Bedeutung des Begriffs „Scheinbewerbung“ zu explizieren.

*P: Ja, eine Bewerbung, die man macht, wenn Sie gar nicht daran interessiert sind, dort arbeiten zu wollen.*

*S: Nein. De-, also so .. würde ich das eigentlich auch nicht sagen, es ist, .. ich habe mal gehen wollen, mal gehen schauen, .. wie das konkret aussieht //mhm//. .. Und eh, wenn das .. in einem gewissen anderen Rahmen gewesen wäre, vor allem rechtlich auch, dann hätte ich das schon gemacht. Es ist dann derart eingeschränkt gewesen, (M hus-tet) Straßenverkehrsrecht, und ich habe nicht einmal eine Straß-, einen Fahrerausweis,*

*ich habe so keinen Bezug zu dieser Sache //mhm//. Das hätte ich müssen auch .. unterrichten in der, in der Polizeischule //ah ja// ((6)) ... Und was mir natürlich sehr geschadet hat, ist meine politische Zugehörigkeit, das regt mich ..*

*//P: Ja, ich habe heute in den Meldungen //ja// Ihren Artikel //ja// gelesen//*

Im Anschluss an die durch Pfister vorgenommene Definition einer Scheinbewerbung, wonach jener keine ernsthafte Absicht zugrunde liegt, verneint Sieber, sich nur zum Schein beworben zu haben. Er rechtfertigt erneut, weshalb er die Stelle für unpassend hielt. Neu sagt er, dass er sich zuerst schon dafür interessiert habe, es also durchaus einer ernsthaften Absicht entsprochen habe, sich dort zu bewerben. Er erzählt, wie ihm erst im Laufe des Verfahrens klar geworden sei, was die Tätigkeit konkret beinhalte, und er also erst dann habe merken können, dass er gar keinen inhaltlichen Bezug dazu habe. Diese Erklärung ist an und für sich plausibel. Fragen wirft jedoch sein abrupter Themenwechsel zu seiner parteipolitischen Zugehörigkeit auf. Mit seiner unvermittelten, wenn auch durchaus möglichen assoziativen Bezugnahme zu seiner angeblich falschen Parteizugehörigkeit ganz am Schluss der hier wiedergegebenen Ausführung stellt sich Sieber gar als Opfer dar und lenkt damit vom Umstand ab, dass ihn aus der Perspektive des Gesetzgebers hier allenfalls eine Schuld treffen könnte. Es stellt sich nun die Frage, ob Sieber dieser Ablenkungsversuch gelingen wird, das heißt, ob der Berater auf die neu eröffnete Thematik der Bedeutsamkeit der Parteizugehörigkeit für die Ausübung einer juristischen Tätigkeit eintritt. Pfister reagiert zwar spontan positiv auf diese Mitteilung, allerdings nicht wie von Sieber beabsichtigt, sondern unterbricht dessen Ausführungen, um ihm erfreut mitzuteilen, in der Zeitung einen von ihm verfassten Artikel gelesen zu haben. Dies kommt ihm wohl deshalb spontan in den Sinn, weil es mit dem Thema der Parteizugehörigkeit in Verbindung steht. Sieber nimmt Pfisters Zwischenruf als günstige Gelegenheit zur weiteren Vertiefung und Ausführung des eingebrachten Arguments.

*S: Ja .. das ist also .. auch im Gericht, das hat ((2)), darum habe ich wahrscheinlich die Stelle am Gericht nicht bekommen, ich kann es nicht beweisen, aber ich nehme schon an, dass*

*//P: Mhm, ich glaube, das ist schon noch.. . Das könnte schon noch ein Punkt sein//*

Auch hier argumentiert Sieber plausibel. Je nach Stelle am Gericht kann die Parteizugehörigkeit sogar eine entscheidende Rolle spielen. Dagegen kann Pfister nicht viel einwenden. Er unterbricht Sieber voreilig, um ihn darin zu bestätigen. Offenbar hat er unterdessen vergessen, worüber sie zuvor noch gerade gesprochen hatten. Er wird das Thema denn auch erst wieder zu einem späteren Zeitpunkt aufgreifen.

### ***Begrenzte Möglichkeiten der Unterstützung***

Fortan unterhalten sich die beiden darüber, wie die Zukunftsperspektive Siebers einzuschätzen ist. Die Analyse und somit die Wiedergabe von Interviewausschnitten folgt nun nicht mehr der Chronologie des Gesprächs, wie es sich tatsächlich ereignet hat. Im als nächstes zu diskutierenden Ausschnitt zeigt sich, wie Pfister auf die Idee Siebers reagiert, eine Ausbildung zum Mediator zu absolvieren.

*P: Ehm, .. aber ich glaube einfach nicht, dass Sie von meiner Seite da Unterstützung bekommen.*

*S: Hm, wie meinen Sie das?*

*P: Eh, eben .. ich meine, ich weiß nicht, wie der zeitliche Aufwand ist, eh für diese Ausbildung. Und dann eben, .. ich glaube, Sie kennen das Arbeitslosenversicherungsgesetz eben schon gut, habe ich das Gefühl.*

*S: Nicht so.*

*P: Nicht so?*

*S: ((5)).*

*P: Es ist immer, es ist halt, es ist immer dann eine Frage auch von der Definition. Alles was .. Richtung Fort- Weiterbildung geht, kann unterstützt werden, was in Richtung Umschulung geht, .. ich denke, Mediatorenausbildung ist eine Umschulung, auch wenn einen vielleicht ein juristischer Hintergrund bevorteilt oder braucht, eher nicht. Ich könnte auch eine Mediatorenausbildung machen, .. ehm .. und sagen, die Ausbildung ist während des Tages, und am Wochentag, verlieren Sie dann jetzt für diesen Zeitraum den Anspruch auf die Taggelder. .. Weil Sie sind auch nicht mehr vermittlungsfähig für diesen Zeitraum. Einfach, dass Sie das wissen.*

*S: Für diesen Tag, ja ja.*

Als der Berater Pfister dem Versicherten Sieber ankündigt, ihn in seinen Weiterbildungsplänen nicht zu unterstützen, zwingt ihn Sieber mit seiner Nachfrage zu einer Präzisierung. Anhand dessen, dass Pfister die Unterstützung durch die Versicherung als seine eigene deklariert, wird deutlich, dass seine Identifikation mit dieser Institution relativ ausgeprägt ist. Zugleich zeigt sich, dass Pfister den genauen Grund nicht angeben kann, weshalb die Versicherung Sieber nicht unterstützen kann. Mehr noch, er gibt sogar zu, es im Grunde gar nicht beurteilen zu können, da er nicht weiß, wie viel Zeit eine solche Ausbildung in Anspruch nimmt. Statt sich nun aber über die Sachlage ins Bild zu setzen oder zumindest die Absicht dazu zu bekunden, gibt er seinem Gefühl Ausdruck, dass sich Sieber bei der Arbeitslosenversicherung gut auskenne. Weshalb gibt er hier seiner Anerkennung für dessen juristische Kenntnisse Ausdruck? Will er damit suggerieren, dass Sieber die Versicherung und ihre Leistungen zu seinen Gunsten ausnutzen will? Wittert er Missbrauch?

Im Anschluss an seine Bekundung, nicht über die nötige Sachkenntnis zu verfügen, sieht sich Pfister trotzdem dazu veranlasst auszuführen, welches die Bedingungen der Arbeitslosenversicherung sind, um jemanden in seinen Bestrebungen bezüglich Weiterbildung zu unterstützen: Wenn es sich um Umschulung und nicht lediglich um eine Auffrischung von Kompetenzen handelt, wird jene von der Versicherung nicht nur nicht finanziert, der Versicherte verliert außerdem den Anspruch auf Leistungsauszahlung für jene Tage, an denen er wegen seiner Ausbildung nicht verfügbar ist. Hier zeigt sich die Grenze der Förderungsmöglichkeiten durch die Arbeitslosenversicherung einer mittels Bildung angestrebten Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt.



Letztlich erweist sich also Pfisters Identifikation mit der Institution, für die er tätig ist, als Grund, weshalb er nicht in der Lage ist, offen zu legen, wer letztlich darüber entscheiden wird, ob Sieber allenfalls eine solche Ausbildung im Rahmen des Taggeldbezugs und auf Kosten der Versicherung würde absolvieren können. Er gibt vor, wenn auch unbeabsichtigt, als sei dies alleine von ihm als Person abhängig, obwohl er hier formaljuristisch betrachtet das Gesetz und dessen Bestimmungen vollzieht und damit lediglich Teil einer ihm hierarchisch übergeordneten bürokratischen Organisation ist. Dies mag daran liegen, dass er sich selbst als persönlicher Dienstleister an der Kundschaft der Arbeitslosen sieht, obwohl es bezogen auf die Situation wohl angemessener wäre, er würde sich als Vollstrecker eines Gesetzes betrachten, vor allem dann, wenn er das Gesetz selber ins Spiel bringt.

### *Ein gelungener Witz*

Sieber scheut nicht davor zurück, sich über die Bedingungen zum Bezug von Leistungen der Arbeitslosenversicherung lustig zu machen, obwohl er selbst, erstens, die Leistungen beziehen will, und zweitens, genau deshalb darauf angewiesen ist, glaubhaft zu machen, dass er die hierfür nötigen Bedingungen erfüllt. Dies zeigt sich, als sich Sieber über die Erbringung des Nachweises von Stellenbewerbungen mokiert, danach aber nochmals die Gründe ausführlich darlegt, weshalb seine Suche nach einer Stelle bis dahin ohne Erfolg geblieben ist. Es sind jedoch gerade diese Gründe, denen ein sich lediglich auf die Kontrolle der Anzahl getätigter Bewerbungen konzentrierender Gesetzesvollzug keine Rechnung zu tragen vermag.

*S: Nein, es ist relativ schwer //aha//. Also es gibt, es gibt den .. Meldungen natürlich, dann gibt es das Amtsblatt, dann gibt es auch Stellen im Amtsblatt, oder //mhm//. Und dann gibt es die Anschläge im eh .. Justizgebäude //mhm//((3)) //mhm//. Und dann ist es eben sehr schwer zu wechseln in einen andern Justizbereich, wenn Sie am Gericht gewesen sind, .. auf die Bezirksanwaltschaft wechseln ist sehr schwer //ah ja?//. Weil die nehmen diese Sekretäre oder, die auch dort oben gewesen sind //aha, ja//. Also ich hätte quasi müssen .. am Gericht irgendeine Sekretärstelle .. annehmen. Auf eine habe ich mich auch beworben und die habe ich nicht erhalten //mhm//. Das ((5)) //mmh//. Aber jaa, oder ich müsste in die SVP.*

*P: Mh, nein, also das kann ich jetzt nicht erwarten. (lachend) Der ist gut.*

*S: Ja, wenn man sich das antun muss. Also ich würde..*

Für die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit am Gericht, so Siebers Darlegung, müsste er zunächst als Gerichtsssekretär arbeiten können. Wie er schon zuvor geltend machte, kam er wegen seiner eigenen parteipolitischen Zugehörigkeit für eine entsprechende Anstellung anscheinend nicht in Frage. Insofern ist sein Schluss, dass er die Partei wechseln müsste, um seine Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern, nichts als folgerichtig. Wollte er seine Beschäftigungsfähigkeit ernsthaft verbessern, müsste er die Partei wechseln. Mit diesem Argument führt Sieber Pfister vor Augen, was dieser im Prinzip von ihm verlangen müsste, wenn er mit dem Vollzug des Gesetzes ernst machen wollte, indem er nämlich angesichts der Verhältnisse genau dies von ihm verlangen würde. Damit gelingt ihm ein Witz zu seiner Aktivierung, weil er davon ausge-

hen kann, dass auch Pfister die Ansicht teilt, dass in einem demokratischen Rechtsstaat niemand von ihm wird verlangen können, die Partei zu wechseln. So ist es logisch, dass sich dieser in der Folge von einem solchen hypothetisch entfalteten Ansinnen umgehend distanzieren muss. Im Zuge dieser Distanzierung gibt Pfister jedoch seiner Anerkennung Ausdruck, dass dem Versicherten damit ein besonders guter Witz zu der mit den rechtlichen Bestimmungen verfolgten Zielsetzung gelungen sei. Da Sieber jetzt nur noch zu sagen braucht, dass er schon tun wird, was man von ihm verlangt, erhält er auch hier Gelegenheit, sich als guten Arbeitslosen zu präsentieren.

Stattdessen erinnert sich Pfister plötzlich wieder an die noch offene Frage, ob sich Sieber mit seinem Rückzug aus einem laufenden Bewerbungsverfahren nicht doch etwas hat zuschulden kommen lassen.

*//P (lacht): Also ich finde, also es ist so, ich muss auch noch einmal, vorher haben, darauf zurückkommen, also ich bin ja ausführendes Organ für Gesetze, und jetzt heißt es eben, eh man muss alles dafür unternehmen für eine zumutbare Stelle. Und als Sie da bei der Polizeistelle abgelehnt haben, haben Sie eben eine zumutbare Stelle abgelehnt. Ich müsste jetzt stur..*

*//S: Ich habe sie nicht bekommen, nein//*

*P: Sie haben aber ein wenig so geredet gehabt, auf alle Fälle haben Sie nachher einmal einen Rückzieher gemacht und gesagt, vielleicht hätte Sie die ja gar nicht bekommen.*

Das Thema kommt Pfister, der Sieber in seinen ironischen Bemerkungen unterbricht, ausgerechnet dann in den Sinn, als er sich bemüßt fühlt, die Glaubwürdigkeit der Institution wiederherzustellen und seine Position damit zu stärken. Zunächst setzt er genau dazu an, doch als ihm kein Argument in den Sinn kommt, erinnert er sich plötzlich wieder an den während der Beratung bereits angesprochenen Vorfall, dessen Erzählung Sieber in Bedrängnis gebracht hat. Interessant ist, dass er hierfür seine Kontrollfunktion expliziert. Damit erinnert er nicht nur Sieber, sondern vor allem sich selbst daran, hat er doch den institutionellen Rahmen kurz verlassen, und zwar dann, als er zu dem von Sieber verfassten Zeitungsartikel abschweifte. Die gemeinsame Belustigung war also nur von kurzer Dauer.

Daran, dass Sieber nun Pfister ins Wort fällt, lässt sich ablesen, dass jener erneut in Bedrängnis gerät. Heftig versucht Sieber, den Vorwurf von sich abzuwenden. Doch damit kommt er nicht durch. So einfach lässt sich der Schlag Pfisters nicht abwehren. Sieber ist gefordert, erneut einen Ausweg aus seiner misslichen Lage zu finden:

*S: Ja, .. gut, also ich sehe, gut, ich meine, es ist einfach so gewesen, man führt ja Gespräche, und dann habe ich ja eine gewisse Frist nach diesem Gespräch, wo ich mir das überlegen muss //mhm//. Und dann habe ich einfach gefunden, als ich mir das überlegt habe, nein, das ist unvereinbar //ja, ja//. Also ich habe nicht .. nein, abgelehnt in dem Sinne habe ich nicht. Ich habe nicht eh quasi einen Arbeitsvertrag abgelehnt //aha//. Das dürfte ich ja gar nicht.*

Erneut also ist Sieber zur Erzählung des Tathergangs aufgefordert. Noch während des Sprechens legt er sich das entscheidende Argument zurecht. Es kann sich deshalb, so sein Argument, nicht um eine eigentliche Ablehnung gehandelt haben, weil er es nicht

abgelehnt hat, einen Arbeitsvertrag zu unterzeichnen. Man stelle sich vor, die oder der Personalverantwortliche hätte ihm einen Kugelschreiber zur Unterschrift hingehalten, worauf er diesen dankend abgelehnt hätte. Im Vergleich zu dieser evozierten Vorstellung, als hätte er aktiv die Unterschrift verweigert, erscheint sein eigener Rückzug aus dem Bewerbungsverfahren nicht mehr als eigentliche Ablehnung einer Stelle. Da Sieber die beiden Handlungen, die anscheinend legitime und die illegitime, analytisch wenn auch nur scheinbar sauber voneinander trennt, kann er sich gegen den Vorwurf verwehren, eine illegitime Handlung begangen zu haben. Damit nimmt er aus strategischen Gründen plötzlich für sich Anspruch, ein großer Kenner der Rechtslage zu sein, was ihm Pfister zuvor unterstellt und er gleichzeitig von sich gewiesen hatte. Unter der Hand spielt er nun also seine Qualifikation aus. Inhaltlich versucht er dadurch zu überzeugen, indem er geltend macht, als könnte man nichts tun, wovon man weiß, dass man es aufgrund rechtlicher Vorschriften nicht tun sollte, ganz so, als käme es nur in Unkenntnis der Rechtslage zu Gesetzesverstößen. Seine Darstellung könnte jedoch auch so gelesen wäre, als würde er sich damit von der Masse der Arbeitslosen abheben wollen, da es sich in seinem Fall nicht um einen willentlichen Verstoß handelt, ist er doch schließlich ein guter und nicht ein böser Arbeitsloser. Gerade in seinem Fall ist jedoch anzunehmen, dass er sich selbst nicht bewusst war, sich nicht aus dem Bewerbungsverfahren ziehen zu dürfen, hätte er doch ansonsten nicht angefangen davon zu erzählen. Seine missliche Lage zeigt, dass selbst ein Jurist, der über die besten Voraussetzungen dafür verfügt, nicht vollkommen gewappnet ist, wenn es darum geht, sich gegenüber der Arbeitslosenversicherung als schuldlos darzustellen.

Wird dieses Argument, dass man nur dann gegen Gesetzesregel verstoßen kann, wenn man davon Kenntnis hat, Pfister einleuchten?

### *Geübte Rhetorik bewährt sich*

Für Pfister ergeben sich ausgehend von der jetzigen Konstellation zwei Handlungsmöglichkeiten. Entweder er sagt Sieber, dass er es tatsächlich für möglich halte, dass man Dinge tut, von denen man weiß, dass man sie nicht tun sollte, denn die Bindung an den Rechtsstaat setzt die Kenntnis sämtlicher gültiger Regelungen voraus, auch wenn sie faktisch nicht gegeben ist. Infolgedessen müsste er Sanktionen einleiten. Sieber würde mit dem rechtlichen Gehör, das ihm die Behörde schenken muss, immer noch Gelegenheit erhalten, den genauen Hergang zu schildern. Dabei müsste Pfister jedoch zur Einsicht gelangen, dass Sieber vielleicht doch nicht so schlau ist, wie er vorgibt zu sein, hätte er doch ansonsten nicht sein eigenes Fehlverhalten zum Thema gemacht, das ihm nun zum Verhängnis wird. Er würde ihm also seine juristische Fachkompetenz abstreiten müssen, nachdem er sie zuvor idealisiert hatte. Oder: Pfister lenkt ein und tut so, als wäre die Begründung, dass Sieber nur unwissentlich, nicht aber wissentlich gegen geschichtliche Bestimmungen verstoßen kann, tatsächlich einleuchtend.

*P: Aha. Gut, dann habe ich das falsch verstanden, he //nein//? Habe ich das falsch verstanden?*

*S: Ja, ja. Das darf ich auch nicht, das weiß ich auch //mhm//.*

*P: Gut.*

*S: Das würde ich gar nicht sagen, wenn ich das machen würde.*

*P: Ja eben, ich habe es wenig, ich habe es ein wenig abgecheckt bei Ihnen. (lacht)*

*//S: Ja, ja. Das habe ich mir fast gedacht.//*

Zwar lenkt Pfister tatsächlich ein, doch will er von Sieber bestätigt haben, dass er selbst das zuvor Erzählte falsch verstanden hat. Dies kommt einer Aufforderung zur Lüge gleich, der Sieber sofort nachkommt und mit seinen „ja, ja“ bestätigt, dass ihn Pfister falsch verstanden hat. Interessanterweise ringt Pfister mit der Schließung dieses Paktes Sieber unter der Hand gleichzeitig das Zugeständnis ab zu akzeptieren, dass es sich bei der Ablehnung einer Stelle um ein Fehlverhalten handelt. Weil dies implizit und nicht explizit geschieht, kann Pfister folglich darauf verzichten, Sanktionen einzuleiten. Für Sieber wird nun definitiv klar, dass er seine Zunge wird fortan besser hüten müssen. Nochmals bekräftigt er seine Absicht, nicht etwas zu tun, was er von Gesetzes wegen nicht darf, Pfister bestätigt dies mit „gut“, was nun genau im oben genannten Sinn gelesen werden kann, nämlich dass man die Sache auf sich beruhen lassen kann, wenn Sieber in Zukunft weiß, dass er sich aus einem laufenden Bewerbungsverfahren nicht zurückziehen darf, und wenn er es trotzdem tut, dies vor allen Dingen möglichst verschweigen sollte. Dadurch schafft es der Berater, dem Versicherten eine Regel beizubringen, an die er sich künftig halten wird, ohne dass jener dies als Bloßstellung erfahren muss oder Sanktionen zu vergegenwärtigen hätte. Dennoch gibt sich Sieber damit nicht zufrieden. Er versucht, sein schwaches Argument, dass man nicht tut, was man nicht darf, zu einem starken zu machen. Wenn man von etwas weiß, dass man es nicht tun soll, es aber trotzdem tut, ist man doch nicht so dumm, dies auch noch zugeben. Dieses hier nun reichlich spät, da erst nach dem Einlenken des Beraters vorgebrachte Argument verweist auf das grundlegende Problem der Belegbarkeit eines Verschuldens, das sich außerhalb des Einflussbereichs des Vollzugsorgans zuträgt und zu dem es keinen unvermittelten Zugang hat. So ist die Behörde darauf angewiesen, dass sich die zu kontrollierenden Personen selber überführen. Im Prinzip sagt Sieber nichts anderes, als dass er doch nicht dumm sei, genau dies zu tun. „Ja, eben“ lautet die Antwort des Beraters. Dies bedeutet, dass Pfister bei sich selbst gedacht hat, Sieber werde nicht so dumm sein, sich selbst zu überführen – zu seinem Erstaunen jedoch das Gegenteil feststellen musste.

Durch sein vordergründiges Einlenken gelangt Pfister nun in eine schwächere Position, aus der wieder hinauszukommen, er sich fortan bemühen wird. Sein erster Versuch besteht darin, indem er so tut, als hätte er mit Sieber ein Spiel gespielt, das nun zu Ende sei. Keine Ursache also, sich gegenseitig zu ärgern. Dennoch setzt Sieber das Spiel fort, mit weiterhin derselben Taktik und zwar jener, sich selbst als den Clevereren der beiden darzustellen.

*P: Gut. ... Ja-a, ich würde Ihnen einfach, was ich jetzt noch kann für Sie machen, ist noch schwierig, ich kann es ni- ich kann diese Frage nicht beantworten, es ist noch verrückt‘. ...*

*S: Sie können wahrscheinlich gar nicht viel machen.*

*P: Ja, eben, kann ich nicht machen. (lacht) Ich kann Sie nur unter Druck setzen, so blöd das tönt. .. Aber ich mache das jetzt, wenn, dann nicht massiv, wenn.. aber dann nicht massiv.*

*S: Also, wie wollen Sie das, also unter Druck setzen? .. Sie können mich ja gar nicht.*

Mit „Gut“ schließt Pfister die Thematik ab und fängt dann an, laut darüber nachzudenken, wie er Sieber unterstützen könnte. Die Kontrolle ist nun also abgeschlossen und die Beratung soll ihren Anfang nehmen. Er wechselt auf die Metaebene und denkt laut über sein Dilemma nach, einerseits Sieber in seinen Bemühungen unterstützen zu wollen, andererseits hierfür nichts in den Händen zu halten. Sieber kann ihm nur beipflichten. Weshalb aber sollte Sieber zu ihm zur Beratung kommen, wenn er ihm nichts zu bieten hat? Diese Erkenntnis scheint den Berater zu belustigen. Das einzige, was er bei Sieber im Grunde tun könne, sei Druck auszuüben. Dadurch gelangt seine Kapitulation gegenüber dem Beratungsanspruch zum Ausdruck, da er sich hinsichtlich der spezifischen Anforderungen des Arbeitsmarktes, mit denen sich Sieber konfrontiert sieht, zu wenig gut auskennt, was ihm jener ja auch bereits, offenbar erfolgreich, unter die Nase gerieben hat. Siebers Ausbildungspläne kann die Versicherung nicht unterstützen, weil sie über das hinausgehen, was im Rahmen der Arbeitslosenversicherung als Förderung einer Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit möglich ist. In Erkenntnis dessen, dass er Sieber nur kontrollieren, nicht aber beraten kann, wird Pfister klar, dass er wiederum nicht in dem Ausmaß Druck ausübt, wie ihm dies möglich wäre. Dies wiederum belässt Sieber im Glauben der Siegesgewissheit. Er gibt zu verstehen, dass man ihn gar nicht unter Druck setzen kann, obwohl dies gerade unmittelbar vorher der Fall gewesen ist. Fehlt Sieber die notwendige Einsicht, dass der Berater von einer Sanktion abgesehen hat, damit er sein Gesicht wahren kann? Oder triumphiert er durchaus zu Recht, weil der Berater angesichts seiner zur Schau gestellten Cleverness kapituliert hat?

### *Die Auflösung des Spiels*

Aufgefordert darzulegen, wie er ihn unter Druck setzen könnte, fängt Pfister an, mögliche Maßnahmen aufzuzählen, die er ergreifen könnte.

*P: Ja eben, Druck aufsetzen, nach Alternativen noch Ausschau halten, was Sie bis jetzt früher gemacht gehabt haben, eine Standortbestimmung machen, da gibt es noch verschiedene Sachen. Aber, ich glaube, .. Sie brauchen das nicht unbedingt, eine Standortbestimmung, Sie wissen, wo Sie stehen //ja//. Eben //ja//. .. Oder eine Laufbahnberatung besuchen .. das, glaube ich, das ist auch nicht soo sinnvoll. Aber ich meine, eben .. es könnte vielleicht ein Projekt sein, aber ich setze es nicht ein //mhm//.*

*S: Ja, ja, also, ich würde das auch machen, wenn Sie das wünschen //ja//. Es kann ja noch interessant sein.*

Als Erstes nennt Pfister tatsächlich eine institutionell vorgesehene Möglichkeit, mit der er auf Arbeitslose Druck ausüben kann, außer sie tun das Erwähnte bereits aus eigenem Antrieb: Sie dazu anzuhalten, nach Alternativen Ausschau halten, bedeutet, dass auch Stellen in Bereichen wirtschaftlicher Betätigung gesucht und Arbeitsbedingungen akzeptiert werden sollen, denen die Betroffenen nicht auf Anhieb den Vorzug geben würden. Da die Arbeitslosen dazu aufgefordert werden können, sämtliche Arbeit zu

akzeptieren, existiert der so genannte Berufsschutz kaum mehr, obwohl jener durchaus über eine Funktion innerhalb einer Volkswirtschaft verfügt, nämlich jene des Erhalts vorhandener Kompetenzen und Wissen über eine begrenzte Phase individueller Arbeitslosigkeit hinweg, wie dies im Fall eines Juristen als unmittelbar sinnvoll erscheint, so offenbar zumindest auch für Berater Sieber.

Danach erwähnt Pfister eine Maßnahme, die mit Druck nur wenig zu tun hat. Bei der genannten „Standortbestimmung“ handelt es sich vielmehr um das Angebot einer externen Beratung, bei der eine Einschätzung der individuellen Position auf dem Arbeitsmarkt vorgenommen wird, dies bezogen auf die damit verbundenen Chancen hinsichtlich der Verwertung der eigenen Arbeitskraft. Als möchte er sich dafür entschuldigen, dass ihm so etwas überhaupt in den Sinn kommen konnte, fügt Pfister auch gleich an, dass eine solche bei Sieber nicht viel bringen werde. Dasselbe gilt für die Laufbahnberatung, ebenfalls im Angebot der Arbeitslosenversicherung respektive eine Möglichkeit für Sieber, die Versicherten zur Teilnahme zu verpflichten. Pfister ist indessen derart verunsichert, dass er gar nicht in Betracht zieht, dass die Teilnahme an einem solchen Gespräch durchaus im Interesse des Versicherten liegen könnte und es sich deshalb nicht unbedingt um ein „Druckmittel“ handelt. Genau auf ein solches Interesse scheint nun diese Maßnahme aber bei Sieber zu stoßen, der damit nochmals Gelegenheit erhält, seine gutwillige Unterwürfigkeit zu demonstrieren. Zugleich verliert das von Pfister als Druckmittel gedachte Instrument einer Laufbahnberatung mit dem von Pfister artikulierten Interesse seinen repressiven Charakter gänzlich, weil Sieber damit, bei aller Unterwürfigkeit, den auf ihn demonstrativ ausgeübten Druck in eine für ihn interessante Leistung der öffentlichen Arbeitsvermittlung verwandelt, wenn auch mit einem Augenzwinkern. Durch die deklarierte Bereitschaft, diese Laufbahnberatung als ihm gegenüber erbrachte Dienstleistung der Behörde anzuerkennen, trägt er gleichzeitig zur Herstellung von Glaubwürdigkeit der Institution bei, nachdem er diese in Bezug auf die gesetzlichen Bestimmungen und ihren Vollzug sozusagen ständig in Frage gestellt hatte. Trotz aller ironischen Distanz bringt er zum Ausdruck, dass das Arbeitsvermittlungszentrum und die Beratung durch Pfister für ihn sehr wohl von Nutzen sein können. Dies zeigt, dass ihm nichts anderes übrig bleibt, als genau diese Bestätigung als Gegenleistung für den Leistungsbezug zu erbringen. Trotz der sich nun vollziehenden Unterordnung von Pfister bleibt die Distanz beider Gesprächsteilnehmer zu den verhandelten Sachverhalten bis ganz am Schluss erhalten. Dies zeigt sich daran, dass Sieber die Situation dahingehend auflöst, als wäre alles nur ein Spiel gewesen, allein für die Ohren des Tonbandes bestimmt.

*S: Gut, jetzt können wir es Ihnen ja sagen, //also//das ist alles nur gestellt gewesen.*

*P lacht sehr laut.*

*P: Ja, du kannst das Tonband mal abstellen, ich möchte jetzt noch einen ‚Gag‘ erzählen, und zwar..*

Für Sieber sind die Forscherin und ihr Tonband willkommener Anlass zu behaupten, alles sei nur ein Spiel gewesen. Das war es tatsächlich auch, die Frage ist nur die, ob die Forscherin tatsächlich den Anlass hierfür gegeben hat. Es liegt vielmehr die Vermutung nahe, dass dem nicht so ist, und Sieber mit seiner Attitüde zu leugnen versucht, dass er zu diesem Spiel gezwungen wird. Als der Berater, der den Witz des Versicher-

ten sehr lustig findet, die Forscherin darum bittet, das Tonband abzustellen, kommt sie dieser Aufforderung sofort nach. Mit dieser Bitte gibt er zu verstehen, dass der institutionelle Rahmen der Beratungspraxis, für den sich die Forscherin interessiert, zwecks der Fortsetzung des Gesprächs auf persönlicher Ebene nun verlassen werden soll. Wegen des Ausschaltens liegt jene nicht vor, nur die Ankündigung eines „Gags“, das heißt die Erzählung eines Witzes. Oder war vielleicht doch alles nur gespielt?

### *Zusammenfassung*

Bereits zu Beginn des Gesprächs zeigt sich dessen spielerischer Charakter. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Versicherte dem Berater versucht, Sinn und Unsinn der gesetzlichen Bestimmungen sowie die Art und Weise ihres Vollzugs anschaulich vor Augen zu führen. Das Gespräch gerät somit zu einem Pingpong-Spiel von Argumenten, bei dem der Versicherte immer von neuem versucht, angesichts der Realität des Arbeitsmarktes, wie er sie erfährt, den Unsinn der Bestimmungen und ihres Vollzugs vorzuführen, währenddem der Berater nach Fehlverhalten Ausschau hält. Obwohl der Versicherte glaubt, sich dabei keine Blöße zu geben, verstrickt er sich in Widersprüche und verrät, ohne es zu wollen, einen Regelverstoß, dem der Berater im weiteren Verlauf des Gesprächs nachgeht. Dies hat dann aber keine Sanktion, sondern lediglich das Erlernen der betreffenden Regel zur Folge. Sieber findet, nachdem er sich in seiner eigenen Argumentation verheddert hat, allmählich wieder zu seiner anfänglichen Strategie zurück, sich als schlaunen Versicherten darzustellen, der aus ironischer Distanz betrachtet, welche Rollen sie beide im Beratungsgespräch spielen. Das zeigt Wirkung. Pfister begibt sich seinerseits in Distanz zur Funktion, die er ausüben muss. Dabei gelangt sein eigenes Schwanken zwischen seinen zwei Verpflichtungen zum Ausdruck, jener gegenüber der Behörde, für die er tätig ist, und der moralischen Verpflichtung in Bezug auf das anwesende Gegenüber. Er reflektiert, ob er Sieber überhaupt etwas bieten kann, und stellt damit sowohl die im Rahmen der Versicherung vorgesehenen Weiterbildungsmaßnahmen wie das Beratungsangebot in Frage. Beraten kann er Sieber deshalb nicht, weil der zu Beratende angesichts der Kontrolle, der er unterworfen ist, niemals etwas von sich preisgeben würde, was Stoff für eine Beratung bieten könnte. Obwohl Sieber selbst den Nutzen des Gesprächs überhaupt nicht einsieht, muss auch er sich der Kontrolle unterziehen. Doch es ist seine Uneinsichtigkeit, die es ihm ermöglicht, eine gewisse ironische Distanz zu wahren. Nicht alle Arbeitslosen sind jedoch aufgrund ihrer Ausbildung und beruflichen Erfahrungen derart gut gewappnet, um mit den rechtlichen Bestimmungen einen strategischen und humorvollen Umgang zu pflegen, wie er das tut. Ein strategischer Umgang mit den rechtlichen Erwartungen ist jedoch bei diesem Arrangement insofern erforderlich, als sich die Versicherten aufgrund der Beweislastumkehr von der ersten Begegnung an mit institutionalisiertem Misstrauen, Arbeitslosigkeit selbst zu verschulden, konfrontiert sehen, das es in der Folge aktiv zu widerlegen gilt. Dazu nicht in der Lage sind vor allen jene Klientinnen und Klienten, die mangels Sprachkenntnissen oder sonstigen Verständnisproblemen sich der Institution gänzlich ausliefern. Jene verstehen dann jeweils aber auch nicht, weshalb sie eine Sanktion zu vergegenwärtigen haben. Insofern kann bei jenen, die am meisten unter Druck kommen, am wenigsten davon gesprochen werden, dass die Sanktionen im Sinne von Anreizen wirken würden.

Problematisch sind die analysierten institutionalisierten Praktiken vor allem deshalb, weil in den Zentren nicht nur Arbeitslose wie Martin Sieber anzutreffen sind, die sich im Grunde selbst zu helfen wissen, sondern auch angesichts ihrer Arbeitslosigkeit verzweifelte Menschen, die sich von der Arbeitsvermittlung nicht nur Arbeit erhoffen, sondern zudem auf Unterstützung bei der Krisenbewältigung angewiesen wären, um wieder Tritt fassen zu können. Da es sich bei den Zentren meist um die erste Anlaufstelle handelt, mit der von Armut bedrohte Menschen in Kontakt treten, ist es bedenklich, dass aufgrund einer in solch standardisierter Form ausgeübten Kontrolle professionalisiertes Handeln kaum möglich ist. Pfister bringt seine diesbezügliche Hilflosigkeit gar explizit zum Ausdruck. Er zeigt seine Ohnmacht, die er stets aber von neuem durch Autoritätsgehebe zu verdecken sucht. Zusätzlich führt ihm Sieber an seinem eigenen Beispiel die Mängel beim Rechtsvollzug vor Augen, so die Nichtberücksichtigung der Gründe zur Beurteilung seines Fehlverhaltens wegen der zu geringen Anzahl Bewerbungen. Eine auf derart standardisierter Weise ausgeübte Kontrolle, wie sie Pfister vornimmt, verunmöglicht die Berücksichtigung der jeweils spezifischen Situation der zu beratenden Personen, wie dies für eine Beratung zwingend notwendig ist. Ebenso als unmöglich erweist sich die sachgerechte Beurteilung einer auf den Fall bezogenen Angemessenheit juristischer Normen, die es in der Praxis zu vollziehen gilt. Die Aufrechterhaltung des Beratungsanspruchs während des Rechtsvollzugs beinhaltet zudem die Gefahr willkürlicher Entscheidungen, Sympathie und Antipathie spielen durch die Verknüpfung der beiden im Grunde unvereinbaren Funktionen von Beratung und Kontrolle eine entscheidende Rolle. Das heißt, dass die Entscheidungen statt ohne – im Ansehen der Person – gefällt werden. Dies wurde bei der Analyse des Falles dort deutlich, wo der Berater auf die Einleitung von Sanktionen verzichtet. Letzteres kommt in den untersuchten Gesprächen denn auch des öftern vor, abhängig davon, ob die Mitarbeitenden im Gespräch mehr Gewicht auf die Ausübung ihrer Kontroll- oder Beratungsfunktion legen. Wenn Mitarbeitende den Schwerpunkt des Gesprächs bei der Ausübung von Kontrolle setzen, kann nicht mal in Ansätzen von einer Beratung die Rede sein. Umgekehrt verlassen jene Mitarbeitenden den durch die Institution abgesteckten Rahmen, die den Anspruch auf die Durchführung eines Beratungsgesprächs ernst nehmen. Nur aufgrund einer Entflechtung der beiden Funktionen, in Kombination mit einer entschiedenen Rücknahme des durch die Kontrolle ausgeübten autoritären Zugriffs auf persönliche Freiheitsrechte könnte einer professionalisierten Beratungstätigkeit in diesem Rahmen zum Durchbruch verhelfen. Dasselbe gilt für eine professionalisierte Rechtspraxis, dies unter Berücksichtigung der Unschuldsvermutung.

Die Professionalisierungsbedürftigkeit der öffentlichen Arbeitsvermittlung als Vollzugsbehörde führt insofern über jene hinaus, wie sie Oevermann für die Sozialarbeit und Sozialverwaltung geltend macht, dessen Vorschlag ebenso in der Trennung der beiden Foci, der Rechtspflege und der Therapie, mündet (Oevermann 2000a: 71f.) Nicht nur die Ausdifferenzierung der Funktionen in Beratung und Kontrolle, sondern eine umfassende Umgestaltung des Zugangs zu den Leistungen der Arbeitslosenversicherung durch den Gesetzgeber wäre im untersuchten Fall erforderlich. So müsste der faktischen Unmöglichkeit eines objektiv von der Behörde verbürgten Nachweises von Missbrauch während solcher Gespräche Rechnung getragen werden. Auch Motivation lässt sich auf diese Weise nicht prüfen. Vielmehr müsste die Frage ins Zentrum der Überlegungen gerückt werden, wie der Situation der Versicherten auch im Rechtsvoll-



zug und damit dessen Angemessenheit mehr Rechnung getragen werden kann. Solange dies nicht der Fall sein wird, verfügt die zuständige Behörde über ein erhebliches Glaubwürdigkeitsproblem.

Sowohl bezogen auf die Beratung wie den Rechtsvollzug verhindert der derzeit bürokratisch-technokratische Zugang entlang eines vorgegebenen Rasters zur Kontrolle des Wohlverhaltens die Herausbildung professionellen Handelns im Sinne der Bildung über die einzelnen Situation hinausgreifender, auf die zu erreichende Beratungsqualität bezogener Werte, die den Beratenden als gemeinsamer Bezugsrahmen dienen könnte. Erst eine entlang professionalisierungstheoretischer Prinzipien ausgestaltete Beratungstätigkeit würden es erlauben, ethisch verbindliche Kriterien zu generieren, an denen die Mitarbeitenden die Ausübung ihrer Tätigkeit orientieren könnten, um Qualität nicht nur beurteilen, sondern ausgehend davon auch herstellen zu können. Stattdessen gerät professionelles Handeln von Mitarbeitenden, das einem verbindlichen ethischen Codex verpflichtet wäre und dadurch erst kollegiale Kontrolle und Anerkennung ermöglicht, zu einer Sonderleistung, die nicht nur jeglicher Würdigung entbehrt, sondern aufgrund der indikatorenbasierten Bemessung des Vermittlungserfolgs durch die hierarchisch übergeordnete Verwaltungsebene mit deren Zielsetzungen in Konflikt gerät. Denn Letztere interessiert sich nicht für das Gelingen von Beratung, sondern verfolgt mit ihren Messinstrumenten aus Effizienzgründen die Durchsetzung des Ziel einer möglichst raschen Abmeldung erwerbsloser Personen, ohne zu berücksichtigen, welches die Gründe sind. Denn dies lässt sich in der Folge als Vermittlungserfolg verbuchen.

## Schlussfolgerungen

Als in der Schweiz Mitte der 1990er Jahre, zwecks Beratung und Kontrolle arbeitsloser Personen, eine neue Behörde – die so genannten regionalen Arbeitsvermittlungszentren – geschaffen wurde, bezeichneten die Verantwortlichen auf Bundesebene, des Staatssekretariats für Wirtschaft, dies als „das Ergebnis einer Zentralisierung und Professionalisierung der Arbeitsvermittlung“ (Curti/Meins 1999: 65). Die Zentralisierung ist vollzogen, doch die Professionalisierung ist auf halbem Weg stecken geblieben, nicht zuletzt wegen den problematischen Folgen der konsequenten Realisierung des Aktivierungsprinzips in der Arbeitslosenversicherung. Der durch die Androhung von Sanktionen ausgeübte Zwang, die Umkehr der Beweislast und die damit verbunden Generalisierung von Misstrauen der Behörde gegenüber den Arbeitslosen verhindern nicht nur die für eine professionalisierte Beratungspraxis notwendige freiwillige Inanspruchnahme durch die zu Beratenden, sondern fordern für das Gelingen des Gespräches sämtlichen Beteiligten eine vor allem strategische Ausrichtung ihres Handelns ab. Dazu gehört, dass die Arbeitslosen möglichst wenig von sich preisgeben. Den Beraterinnen und Beratern kann es aber nur dann gelingen, etwas über die zu Beratenden in Erfahrung zu bringen, wenn eine gewisse Vertrauensbasis gegeben ist. Ansonsten besteht keine Grundlage, auf die zu erteilende Ratschläge zu beziehen wären. Wenn es nun bei einzelnen Gesprächen trotz der für die Einlösung des Beratungsanspruchs widrigen Rahmenbedingungen zur Erteilung von Ratschlägen kommt, dann geschieht dies zumeist um den Preis der Vernachlässigung der Kontroll- und Sanktionsfunktion.

Doch selbst wenn die Beratungs- und Vollzugspraxis der öffentlichen Arbeitsvermittlung eine professionalisierte wäre, ließe sich allein dadurch Arbeitslosigkeit nicht aus der Welt schaffen, wie das eine aktivierende Sozial- und Arbeitsmarktpolitik mit der ihr eigenen versuchten Einflussnahme alleinig auf das Arbeitsangebot vielfach suggeriert. Allein davon wird die Arbeitsnachfrage nicht größer. Nicht zuletzt dies zeigt, dass sich für die durch Arbeitslosigkeit verursachten biographischen Krisen, wie Oevermann schreibt, als „Lösungsrahmen eine Bewährungs- und Selbstverwirklichungsethik“ erforderlich erweist, die aufgrund der Verknappung von Erwerbsarbeit außerhalb der sozialadministrativen Zuständigkeit und stattdessen in einem „kulturell zu erzeugenden gesellschaftlichen Konsens“ liegen müsste (Oevermann 2000a: 77). Tatsächlich kann die öffentliche Arbeitsvermittlung keinen solchen gesellschaftlichen Konsens herbeiführen, wie er für die Bewältigung der aufgrund der Dominanz der Leistungsethik verursachten individuellen Krisen von arbeitslosen Menschen nötig wäre. Allerdings wird durch die Umsetzung eines restriktiven Kriterienkataloges zum Nachweis unverschuldeter Arbeitslosigkeit im Rahmen eines sozialen Sicherungssystems nicht nur eine allfällige Problemlösung durch das Finden alternativer Formen der Selbstverwirklichung und -bestätigung im Keime erstickt, sondern aufgrund der damit verknüpften Bestärkung von Erwerbsarbeit als alleiniger Bewährungsethik in Kauf genommen, dass jene, die keiner solchen mehr nachgehen können, an diesem Umstand psychischen Schaden nehmen und ihr Wissen sowie ihre Fähigkeiten in der Folge für die Gesellschaft gänzlich verloren gehen. Zudem schiene die Überlegung durchaus angebracht, ob es im Interesse der Allgemeinheit nicht vielmehr sinnvoll wäre, wenn die Arbeitsmarktbehörde über die geforderte Vermeidung zusätzlicher Krisenverschärfung Hilfestellung für all jene anbieten könnte, die eine Unterstützung zur Erlangung ihrer Handlungsautonomie nicht nur in materieller, sondern auch psychischer Hinsicht benötigen. Zur Verringerung psychosozialer Schädigung wäre professionelle Beratung umso dringender und dies auf der Grundlage legitimer Ansprüche anstelle einer gesetzlich erzwungenen Inanspruchnahme. Stattdessen erfährt individuelle Handlungsautonomie eine empfindliche Einschränkung durch die von der Behörde unter Androhung von Sanktionen in der Gesprächssituation hergestellte Integrationsverpflichtung, was der vom Gesetzgeber damit erklärtermaßen verfolgten Absicht, eigenverantwortliches Handeln zu fördern, entgegensteht. Zwar steht den Betroffenen die Handlungsmöglichkeit grundsätzlich zur Disposition, für den Erhalt ihres Grundrechts auf die freie Wahl einer wirtschaftlichen Betätigung, Kürzungen der ihnen per Rechtsanspruch im Grunde zustehenden Leistungen in Kauf zu nehmen, doch sind sie in diesem Fall auf die zur Überbrückung der Tage, für welche die Auszahlung ausbleibt, nötigen finanziellen Mittel angewiesen.

Obwohl sich die spezifische Ausgestaltung des Zugangs zu den Leistungen der Arbeitslosenversicherung in der Schweiz klar dem liberalen – im Unterschied zum universalistischen – Typus zuordnen lässt, verdeutlicht sich anhand des Fallbeispiels einer Umsetzung der entsprechenden Bestimmungen während des Kontaktes der zuständigen Behörde mit ihrer Klientel, dass sich eine solche Politik aus der Nähe besehen mit der Bezeichnung „liberal“ kaum mehr in Einklang bringen lässt. Tatsächlich wirken sich die Sanktionen vor allem bei sozial Benachteiligten als Zwang aus, nämlich gegen ihren Willen gewisse Arbeitsbedingungen und -inhalte zu akzeptieren, da sie Leistungseinbußen nicht so einfach in Kauf nehmen können. Die Vertragsautonomie wird

damit untergraben, wie sie in der Verfassung als Grundrecht garantiert ist und zwar in Form der bestehenden Wahlfreiheit bezüglich der Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung. Dass es sich dabei gleichzeitig um einen Ermöglichungsparameter der kapitalistisch verfassten Wirtschaftsordnung handelt, verweist auf das grundlegende Paradox von Aktivierungspolitik. So sollen die Arbeitslosen dadurch besser an die marktwirtschaftliche Ordnung und ihre Anforderungen angepasst werden, dass ausgerechnet jenes Recht, das diese ermöglicht, in seiner Gültigkeit eingeschränkt wird. Mit dem Moralinterventionismus, wie er der Aktivierungspolitik eigen ist, kehrte somit nicht das Ziel der Mehrung von Gerechtigkeit zurück, wie dies Vobruba in den neunziger Jahren vorausgesagt hatte (Vobruba 1997: 113ff.). Vielmehr erfährt Gerechtigkeit eine Einschränkung, insbesondere für jene, denen die ökonomische Verwertung ihrer Arbeitskraft sichtlich Mühe bereitet. Dies geschieht, weil die Sozialleistungen als Instrumente zur besseren Anpassung der Arbeitskräfte an die sich verschlechternden Arbeitsbedingungen benutzt werden. Daraus resultiert eine sich in der Behördenpraxis manifestierende neue Regierungsform, deren Funktion und Auswirkungen in Bezug auf die Grundregeln des modernen Rechtsstaates einige nicht unerhebliche Fragen aufwerfen.

### Literatur

- Barbier, Jean-Claude; Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (2004): "The many worlds of activation". In: *European Societies*, 4: 423–436
- Curti, Monica; Meins, Erica (1999): „Schweizerische Arbeitsmarktpolitik. Die aus dem Vollzugsprozess hervorgehenden Unterschiede in der Arbeitsvermittlung“. In: *Die Volkswirtschaft*, 2: 64–70
- Dean, Hartley; Bonvin, Jean-Michel; Vielle, Pascale; Farvaque, Nicolas (2005): "Developing capabilities and rights in welfare-to-work policies". In: *European Societies*, 1: 3–26
- Goffman, Erving (1994/ [1982]): „Die Interaktionsordnung“. In: ders.: *Interaktion und Gesellschaft*. Frankfurt/M., New York: 50–104
- Lødemel, Ivar; Trickey, Heather (2001): "Workfare in international perspective". In: dies. (ed.): *An Offer you Can't Refuse: Workfare in international perspective*. Bristol: xi–xxi.
- Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang; Wroblewski, Angela (2004): "Eppur si muove? Activation policies in Austria and Germany". In: *European Societies*, 4: 485–509
- Magnin, Chantal (2005a): *Beratung und Kontrolle. Widersprüche in der staatlichen Bearbeitung von Arbeitslosigkeit*. Zürich
- Magnin, Chantal (2005b): „Beratung und Kontrolle. Ein für den aktivierenden Sozialstaat typisches Handlungsdilemma“. In: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 3: 339–361
- Maeder, Christoph; Nadai, Eva (2004): *Organisierte Armut. Sozialhilfe aus wissenssoziologischer Sicht*. Konstanz
- Maeder, Christoph; Nadai, Eva (2005): „Arbeit am Sozialen. Die Armen im Visier aktivierender Sozialarbeit“. In: Kurt Imhof, Thomas S. Eberle (eds.): *Triumph und Elend des Neoliberalismus*. Zürich: 184–197
- Nadai, Eva (2005): „Der kategorische Imperativ der Arbeit. Vom Armenhaus zur aktivierenden Sozialpolitik“. In: *Widerspruch* 49: 19–27
- OECD (1994): *The OECD Jobs Study. Facts – Analysis – Strategies*. Paris
- OECD (1996): *Arbeitsmarktpolitik in der Schweiz. Deutsche Uebersetzung der OECD-Studie „Politique du marché du travail en Suisse“*. Hg. v. BIGA. Beiträge zur Arbeitsmarktpolitik Nr. 7. Bern

- Oevermann, Ulrich (2000a): „Dienstleistungen der Sozialbürokratie aus professionalisierungstheoretischer Sicht“. In: Eva-Marie von Harrach, Thomas Loer, Oliver Schmidtke: Verwaltung des Sozialen. Formen der subjektiven Bewältigung eines Strukturkonflikts. Konstanz: 57–77
- Oevermann, Ulrich (2000b): Die Methode der Fallrekonstruktion in der Grundlagenforschung sowie der klinischen und pädagogischen Praxis. In: Klaus Krammer (eds.): Die Fallrekonstruktion. Sinnverstehen in der sozialwissenschaftlichen Forschung. Frankfurt/M.: 58–156
- van Berckel, Rik; Hornemann Møller, Iver (2002): Active Social Policies in EU. Inclusion through participation? Bristol
- Vobruba, Georg (1997): Autonomiegewinne. Sozialstaatsdynamik, Moralfreiheit, Transnationalisierung. Wien
- von Harrach, Eva-Marie; Loer, Thomas; Schmidtke, Oliver (2000): Verwaltung des Sozialen. Formen der subjektiven Bewältigung eines Strukturkonflikts. Mit Beiträgen von Ulrich Oevermann und Thomas Ley. Konstanz